



Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen
Wirtschaft im Frühjahr 1991

Die Lage der Weltwirtschaft	227
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	234

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 18-19/91

Berlin

3. Mai 1991

58. Jahrgang

1. Ex.

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1991

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., München:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 25. April 1991

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Im Winterhalbjahr stand die Weltwirtschaft im Zeichen einer ausgeprägten Konjunkturschwäche. Nachfrage und Produktion erhöhten sich in den Industrieländern insgesamt kaum noch, die Auslastung der Kapazitäten nahm zumeist ab, und die Arbeitslosigkeit begann zu steigen. In Nordamerika, Großbritannien und Schweden kam es sogar zu einer Rezession. Der Preisauftrieb beschleunigte sich im Herbst aufgrund der starken Ölverteuerung, ließ dann aber mit der Rückbildung des Ölpreises wieder merklich nach. Der Welthandel expandiert seit Mitte vergangenen Jahres nur noch sehr verhalten.

Die zunehmende Dämpfung der Auftriebskräfte ging vor allem auf die straffere Geldpolitik zurück, mit der die Zentralbanken einer Überhitzung der Konjunktur in der Spätphase des Aufschwungs entgegengetreten waren. Hinzu kam eine Minderung der Realeinkommen in fast allen Industrieländern durch die Ölverteuerung im Spätsommer 1990. Auch hemmte die mit dem Ausbruch der Nahostkrise entstandene Verunsicherung die Dispositionen von Konsumenten und Investoren.

Nach der kräftigen Ausweitung der Ölförderung vor allem in Saudi-Arabien ließ die Besorgnis, daß sich Erdöl verknappen werde, bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres nach. Der Ölpreis ging zurück und

erreichte im Februar schon vor Beendigung der Kampfhandlungen ein Niveau wie vor dem Ausbruch der Krise. Der Realeinkommensentzug in den Industrieländern hat damit aufgehört, und auch die Verunsicherung, die zur Verschlechterung des Konjunkturklimas beigetragen hatte, ist geschwunden, besonders deutlich in den USA. Die finanziellen Belastungen durch den Nahostkrieg blieben geringer als zeitweilig befürchtet; dies trug zum Rückgang der Zinsen in den Industrieländern seit Ende vergangenen Jahres bei.

Die Staatsfinanzen werden in diesem Jahr unter dem Einfluß der Konjunkturschwäche von einer Tendenz zu wieder steigenden Fehlbeträgen geprägt. In den USA wird das Budgetdefizit, obwohl die Kosten des Golfkrieges von anderen Ländern übernommen werden, deutlich höher ausfallen als im Vorjahr. Für das im Herbst beginnende neue Haushaltsjahr ist allenfalls eine leichte Verringerung zu erwarten; die angekündigte Ausgabenzurückhaltung läßt sich in einem Wahljahr wohl kaum durchsetzen. Unter den anderen Industrieländern wird besonders Deutschland in diesem Jahr ein nochmals erhöhtes gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit aufweisen, das vorwiegend durch vermehrte Ausgaben im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung bestimmt ist. Die zunehmenden Defizite in den meisten übrigen westeuropäischen Ländern spiegeln im wesentlichen die nachlassende Konjunktur wider; dabei gerät die in den letzten Jahren verfolgte Politik steuerlicher Entlastungen ins Stocken. In Japan weist dagegen der Gesamtstaat weiterhin einen hohen Finanzierungsüberschuß aus.

Die amerikanische Zentralbank sucht seit einiger Zeit die Konjunktur durch eine Lockerung ihrer Politik anzuregen; die Ausweitung der Geldmenge hat sich seit der Jahreswende deutlich beschleunigt. Der Fortfall der ölpreisbedingten Teuerungsanstöße und die offenbar vom Ausgang des Nahostkrieges begünstigte höhere Bewertung des Dollars bestärkten die Zentralbank darin, die Zinsen weiter zu senken. Dabei spielte auch die Befürchtung eine Rolle, die Banken würden durch eine unangemessene Risikoscheu eine konjunkturelle Erholung behindern. Angesichts der konjunkturellen Schwäche dürfte die Notenbank ihre Niedrigzinspolitik tendenziell fortsetzen. In anderen Industrieländern wird die Geldpolitik nur zögernd gelockert. In Japan bleibt die Zentralbank wohl noch bemüht, den Preisauftrieb zu dämpfen und den Yen zu stärken; in Deutschland wird die Bundesbank angesichts hoher Lohnabschlüsse und der kräftigen Zunahme des Budgetdefizits ihren Kurs nicht lockern. Andere westeuropäische Länder, denen es gelungen ist, die Inflationserwartungen nachhaltig einzudämmen, haben etwas Spielraum für Zinssenkungen gewonnen, der vielfach zur Stützung der Konjunktur genutzt wird.

Die Bedingungen für eine baldige Beendigung des Konjunkturabschwungs in den Industrieländern sind günstig: Die bremsenden Einflüsse auf Einkommen und Nachfrage, die von der Golfkrise ausgingen, entfallen

zunehmend; die Geldpolitik in den USA verfolgt einen expansiven Kurs, und auch in einigen anderen Industrieländern sind die monetären Zügel leicht gelockert worden. Begünstigt wird die Überwindung der Schwächetendenzen auch dadurch, daß der Kosten- und Preisauftrieb in den meisten Ländern im vorangegangenen Aufschwung moderat blieb, die Angebotsbedingungen in den letzten Jahren auch in Westeuropa verbessert wurden und hier weiterhin Anregungen von der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes ausgehen. Der Prognose liegt im übrigen die Annahme zugrunde, daß der Ölpreis im weiteren Verlauf bei 18 Dollar je Barrel (durchschnittlicher Einfuhrpreis der Industrieländer) liegen wird.

Die Rezession in Nordamerika sowie in Großbritannien und Schweden wird voraussichtlich im Laufe des Sommerhalbjahres zu Ende gehen und von einer spürbaren konjunkturellen Erholung abgelöst. In den westeuropäischen Industrieländern, wo der Abschwung nicht so stark war, wird es wohl zu einer leichten Belebung kommen. Das Jahresergebnis der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird indes 1991 zumeist noch von der gegenwärtigen Konjunkturschwäche bestimmt. So dürfte das reale Bruttosozialprodukt in den USA nicht höher als im Vorjahr sein, und in Westeuropa liegt der Zuwachs wohl insgesamt wenig über 1 vH; am größten wird er, wenngleich ebenfalls deutlich ermäßigt, mit 3 1/2 vH in Japan ausfallen. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im späteren Verlauf dieses Jahres und darüber hinaus schlägt sich jedoch 1992 in merklich höheren Raten nieder. Wahrscheinlich wird sich das Bruttosozialprodukt im Durchschnitt der Industrieländer im kommenden Jahr um 2 1/2 vH erhöhen, nach nur reichlich 1 vH in diesem Jahr.

Der Welthandel wird mit der Überwindung der Konjunkturschwäche in den Industrieländern wieder rascher expandieren. Dazu dürfte, angeregt insbesondere von der günstigeren Entwicklung in den USA, eine Belebung in den Schwellenländern beitragen. Außerdem ist mit einer Verstärkung der Nachfrage aus der Golf-Region, auch im Zuge der Beseitigung der Kriegsschäden, zu rechnen. Dagegen werden die Importe der Rohstoffländer zunächst nur mäßig zunehmen, da ihre Ausfuhrerlöse durch den Rückgang der Rohstoffpreise beeinträchtigt worden sind und eine Erholung auch nach der im späteren Verlauf dieses Jahres zu erwartenden Tendenzumkehr auf den Rohstoffmärkten erst nach einiger Zeit spürbar wird. Insgesamt dürfte sich das Volumen des Welthandels im Jahr 1991 um 3 bis 4 vH und 1992 um etwa 5 vH erhöhen. Die Überschüsse und Defizite in den Leistungsbilanzen der führenden Industrieländer werden sich — auch unter dem Einfluß der Ausgleichszahlungen für die Kosten des Nahostkonfliktes — in diesem Jahre weiter verringern.

Erheblich ungünstiger als der Welthandel entwickelt sich der Außenhandel der osteuropäischen Länder. In diesem und im nächsten Jahr wird er vermutlich merklich zurückgehen. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Warenaustausch untereinander nach der Umstel-

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1989	1990	1991	1989	1990	1991
Westdeutschland	8,5	3,8	4,5	2,5	2,8	2,7	3,5
Frankreich	6,9	3,7	2,8	1,5	3,6	3,4	3,0
Italien	6,2	3,2	2,0	1,0	6,3	6,5	6,5
Großbritannien	6,0	1,9	0,6	−1,5	7,8	9,5	6,5
Spanien	2,7	4,9	3,7	2,0	6,8	6,7	6,5
Niederlande	1,6	4,1	4,0	2,5	1,1	2,5	2,5
Schweden	1,4	2,1	0,3	−0,5	6,4	10,5	9,5
Schweiz	1,3	3,5	2,6	1,0	3,2	5,4	5,0
Belgien	1,1	4,0	3,5	2,5	3,1	3,4	3,5
Österreich	0,9	4,0	4,6	3,0	2,5	3,3	3,5
Dänemark	0,8	1,3	1,0	1,0	4,8	2,6	2,5
Finnland	0,8	5,2	0,3	−1,5	6,6	6,1	5,0
Norwegen	0,7	0,4	1,8	2,5	4,6	4,1	4,0
Westeuropa ²⁾	38,9	3,3	2,7	1,2	4,8	5,2	4,8
USA	36,9	2,5	1,0	0,0	4,8	5,4	5,0
Japan	20,3	4,7	5,6	3,5	2,3	3,1	3,5
Kanada	3,9	3,0	0,9	−1,0	5,0	4,8	6,0
Industrieländer ²⁾	100,0	3,3	2,6	1,1	4,3	4,9	4,7
Nachrichtlich: Insgesamt ³⁾		3,3	2,5	1,2	4,4	5,1	4,6

1) Veränderungsraten für 1991 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt von 1989. — 3) Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1989.

Reales Bruttosozialprodukt und Inlandsnachfrage in ausgewählten Industrieländern
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Gewicht in vH	Inlandsnachfrage		
		1989	1990	1991		1989	1990	1991
Westdeutschland	9,6	3,8	4,5	2,5	9,0	2,7	5,1	3,0
Frankreich	7,8	3,7	2,8	1,5	7,7	3,3	3,1	1,5
Italien	7,0	3,2	2,0	1,0	7,0	3,3	2,5	1,0
Großbritannien	6,8	1,9	0,6	−1,5	7,0	3,0	0,5	−2,5
Westeuropa ²⁾	31,2	3,2	2,7	1,0	30,7	3,1	3,0	0,9
USA	41,6	2,5	1,0	0,0	42,2	1,9	0,5	−0,5
Japan	22,8	4,7	5,6	3,5	22,7	5,7	5,8	3,5
Kanada	4,4	3,0	0,9	−1,0	4,4	4,2	0,0	−1,5
Industrieländer ²⁾	100,0	3,3	2,6	1,1	100,0	3,2	2,4	0,8

1) Veränderungsraten für 1991 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet gemäß Bruttosozialprodukt bzw. Inlandsnachfrage von 1989.

lung der Abrechnung auf konvertible Währungen drastisch schrumpft. Im Handel mit den westlichen Ländern werden die osteuropäischen Volkswirtschaften zwar weiterhin bestrebt sein, ihre Exporte zu erhöhen; dem setzt jedoch der Mangel an international wettbewerbsfähigen Produkten enge Grenzen. Die Erdölausfuhr der Sowjetunion wird aufgrund zunehmender Förderschwierigkeiten sogar weiter sinken. Auf der Einfuhrseite mindert schon der allgemeine Produktionsrückgang die Nachfrage nach Vorprodukten, vor allem aber läßt — anders als etwa in Ostdeutschland — die Devisenknappheit keine Steigerung der Importe zu. Insgesamt wird so, bei Unterschieden von Land zu Land, wohl auch der Warenaustausch mit westlichen Ländern kaum ausgeweitet. Trotz der Einfuhrzurückhaltung dürften sich die Leistungsbilanzen, mitbedingt durch zunehmende Zinslasten für Auslandskredite, passivieren. Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung ist die konsequente Umstellung der Volkswirtschaften von plan- auf marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismen, insbesondere die Privatisierung von Staatsunternehmen. Das braucht Zeit und sollte vom Westen durch administrativen und unternehmerischen Beistand sowie eine weitere Öffnung der Märkte unterstützt werden. Eine erhebliche Hilfe wären auch Kredite und Entlastungen bei den Altschulden. Die Furcht vor den kaum vermeidbaren Härten im Umstellungsprozeß ist wiederum ein wesentliches Hemmnis für den Reformprozeß.

Überwindung der Rezession in den USA

In den USA haben sich im vergangenen Herbst die rezessiven Kräfte durchgesetzt. Im Winterhalbjahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer Jahresrate von 1 vH gesunken sein, nachdem sie im Sommerhalbjahr noch mit derselben Rate zugenommen hatte. Dabei verringerte sich die Kapazitätsauslastung erheblich, und die Beschäftigung ging zurück. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um einen Prozentpunkt auf zuletzt 6,8 vH. Der Anstieg der Erzeugerpreise, der sich mit der Ölvertéuerung deutlich beschleunigt hatte, schwächte sich nach der Jahreswende mit dem Rückgang der Ölpreise wieder ab. Auch auf der Verbraucherstufe beruhigte sich der Preisauftrieb; im März lag die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich bei knapp 5 vH.

Impulse erhielt die Konjunktur lediglich von der außenwirtschaftlichen Entwicklung. Die Exporte nahmen weiterhin recht zügig zu, und der Importanstieg verlangsamte sich aufgrund der konjunkturellen Schwäche. Doch stand einer merklichen Reduzierung des Handelsbilanzdefizits vorübergehend eine Verschlechterung der Terms of Trade — zum einen wegen der Abwertung des Dollars, zum anderen wegen der Ölvertéuerung — entgegen.

Die Inlandsnachfrage ging im Winterhalbjahr deutlich zurück. Dazu trug der Abbau von Lägern erheblich bei. Zudem sank der private Konsum, da die realen verfügbaren

Einkommen aufgrund des ölpreisbedingten Kaufkraftentzuges und der geringeren Beschäftigung zeitweise abnahmen. Die Unternehmensinvestitionen wurden kaum noch ausgeweitet. Die Unsicherheit über Verlauf und Dauer des Golfkonflikts verstärkte die wegen verschlechterter Absatz- und Ertragsaussichten ohnehin vorhandene Zurückhaltung der Investoren. Der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen hat sich beschleunigt.

Die Zentralbank hat die geldpolitischen Zügel im Laufe des Winterhalbjahres spürbar gelockert. Mit einer deutlichen Senkung des Diskontsatzes und einer Herabsetzung der Mindestreserveanforderungen suchte sie die Kreditvergabe anzuregen. Die kurzfristigen Zinsen sanken um zwei Prozentpunkte auf zuletzt knapp 6 %. Seit der Jahreswende hat sich die Expansion der Geldmenge deutlich beschleunigt. Die langfristigen Zinsen sind seit dem vergangenen Herbst um etwa einen Prozentpunkt gesunken. Die Geldpolitik wird bei der noch andauernden konjunkturellen Schwäche weiter expansiv sein.

Die angestrebte Konsolidierung des Bundeshaushalts ist bisher nicht gelungen. Das Defizit für das laufende Fiskaljahr wurde zuletzt auf 318 Mrd. Dollar angesetzt, nach 220 Mrd. Dollar im Fiskaljahr 1989/90. Ein wesentlicher Grund für diesen Anstieg sind die Auswirkungen der konjunkturellen Abschwächung. Darüber hinaus ist im laufenden Fiskaljahr ein — mit 111 Mrd. Dollar — fast doppelt so hoher Aufwand für die Sanierung von Sparkassen und Banken wie im vorherigen veranschlagt. Ohne diesen Sonderfaktor entspricht das Defizit etwa 3 1/2 vH des Bruttosozialprodukts, nach 3 vH im vorangegangenen Jahr. Für das kommende Haushaltsjahr ist im Zuge der konjunkturellen Belebung, hauptsächlich aber wegen der erwarteten Reduzierung der Zahlungen zur Sanierung der Sparkassen und Banken, mit einer leichten Verringerung des Defizits zu rechnen.

Der Tiefpunkt der Rezession dürfte annähernd erreicht sein. Im Laufe des Sommerhalbjahres wird eine konjunkturelle Belebung sichtbar werden. Zwar geht die Beschäftigung vorerst noch leicht zurück. Die Kaufkraft der Konsumenten wird aber durch die Verbilligung von Ölprodukten gestärkt. Der private Verbrauch wird wohl auch durch den Rückgang der Zinsen angeregt. Bei den sinkenden Finanzierungskosten wird sich der Wohnungsbau ebenfalls beleben, und die Unternehmensinvestitionen dürften im späteren Verlauf des Jahres zunehmen, zumal sich die Absatz- und Ertragserwartungen verbessern. Die Inlandsnachfrage wird so — gefördert von optimistischen Lagerdispositionen — wieder ansteigen.

Kräftige Anregungen kommen auch in diesem Jahr von der Auslandsnachfrage. Die Exporte werden weiterhin merklich steigen, schon weil die wechsellkursbedingte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter im vergangenen Jahr noch eine Zeitlang nachwirkt.

Alles in allem wird das reale Bruttosozialprodukt wegen des niedrigen Ausgangsniveaus im Jahresdurchschnitt 1991 nicht höher sein als im Vorjahr. Im kommenden Jahr wird der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion 2 1/2 vH erreichen. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 1991 bei 5 vH, 1992 etwas darunter liegen. Das Defizit in der Leistungsbilanz verringert sich in diesem Jahr merklich, nicht zuletzt wegen der Transferzahlungen anderer Länder zur Deckung der Kosten des Golfkrieges.

Gebremste wirtschaftliche Dynamik in Japan

Die japanische Wirtschaft expandierte im Winterhalbjahr merklich langsamer als zuvor. Die Inlandsnachfrage, die lange Zeit Motor des kräftigen Aufschwungs gewesen war, nahm nur noch mäßig zu. Zur Schwäche tendierte vor allem der private Konsum, da der Realeinkommensanstieg durch höhere Preissteigerungen gebremst wurde. Die Investitionen im Wohnungsbau gingen, nach hohen Zuwächsen bis zur Mitte des letzten Jahres, zurück. Hier greift nunmehr die seit längerem restriktive Geldpolitik. Die gewerblichen Anlageinvestitionen expandierten allerdings noch kräftig.

Die Ausfuhr belebte sich etwas; deutlich wurden die Exporte in die Entwicklungsländer und nach Europa gesteigert — hier begünstigt durch die vorangegangene Abwertung des Yen gegenüber den EWS-Währungen. Der Importanstieg schwächte sich dagegen bei der gedämpften Entwicklung der Gesamtnachfrage ab. Der Handelsbilanzüberschuß nahm in den letzten Monaten wieder zu.

Die Notenbank dürfte ihren straffen geldpolitischen Kurs zunächst fortsetzen; dies auch, um im Interesse der Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus den Wechselkurs gegenüber dem Dollar zu stützen. Für den späteren Verlauf des Jahres ist bei der sich abzeichnenden Beruhigung des Preisauftriebs eine geldpolitische Lockerung zu erwarten.

Die Finanzpolitik ist darauf gerichtet, das — nur noch geringe — Defizit im Zentralhaushalt abzubauen. Der Kostenbeitrag zum Golfkrieg wird daher mittels Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen finanziert. Der Staatsverbrauch dürfte in dieser Situation nur verhalten ausgeweitet werden. Kräftiger werden wohl die öffentlichen Investitionen zunehmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Zusage an die amerikanische Regierung, zur Belebung der Inlandsnachfrage die staatlichen Infrastrukturinvestitionen zu steigern. Der Finanzierungsüberschuß des Gesamtstaates, einschließlich der Sozialversicherung, dürfte sich eher noch erhöhen.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die gewerblichen Investitionen merklich an Dynamik verlieren, da die hohen Zinsen dämpfend wirken. Hierauf lassen Investitionsumfragen schließen. Der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen dürfte sich fortsetzen. Der private Ver-

brauch nimmt nach dem Abklingen der Preiswelle bei Saisonwaren und bei Ölprodukten wieder merklich zu, auch wenn die Beschäftigung verlangsamt steigen wird. Insgesamt wird sich die Expansion der Inlandsnachfrage im Laufe des Jahres verstärken.

Die Aussichten für die Entwicklung der Ausfuhr werden sich mit der konjunkturellen Belebung in den USA und der Kräftigung der Nachfrage aus den Schwellenländern und der Golfregion bessern. Die Importnachfrage dürfte mit dem Exportanstieg nicht Schritt halten, so daß der Handelsbilanzüberschuß zunehmen wird. In der Leistungsbilanz stehen dem allerdings nochmals Zahlungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg gegenüber.

Im Jahr 1991 wird der Zuwachs des Sozialproduktes mit 3 1/2 vH voraussichtlich geringer ausfallen als im Vorjahr; im nächsten Jahr dürfte er rund 4 vH betragen. Die Verbraucherpreise werden sich in diesem Jahr um 3 1/2 vH, im nächsten Jahr um 2 1/2 vH erhöhen.

Leichte Belebung in Westeuropa

In Westeuropa haben Nachfrage und Produktion im vergangenen Winterhalbjahr insgesamt nur noch wenig zugenommen; in Großbritannien, Schweden und Finnland verlief die Entwicklung rezessiv, in Westdeutschland war die gesamtwirtschaftliche Expansion hingegen, stimuliert durch die deutsche Vereinigung, immer noch kräftig. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums war vor allem durch die vorangegangene Hochzinspolitik bedingt. Die Inlandsnachfrage expandierte, auch wegen der Auswirkungen der Golfkrise, deutlich verlangsamt. Die Beschäftigung erhöhte sich nicht weiter, und die Zahl der Arbeitslosen stieg etwas. Der Preisauftrieb blieb in der Grundtendenz moderat.

Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen in den meisten Ländern nur noch verhalten zu; in Großbritannien, Schweden und Finnland sind sie sogar stark zurückgegangen. Die Ertragslage der Unternehmen ist zwar schlechter als in den Vorjahren, aber immer noch sehr viel besser als zu Beginn des vergangenen Aufschwungs. Bei den nur mäßig expandierenden Ausrüstungsinvestitionen verlor das bis Mitte 1990 dominierende Erweiterungsmotiv zugunsten von Rationalisierung an Gewicht. Das Bauvolumen stagnierte annähernd; der Wohnungsbau ging infolge der hohen Zinsen wohl leicht zurück.

Der private Konsum erhöhte sich insgesamt nur noch mäßig, in einigen Ländern gar nicht mehr. Die realen verfügbaren Einkommen nahmen verlangsamt zu, und im Zuge der Golfkrise war eine gewisse Kaufzurückhaltung zu beobachten; insbesondere wurden langlebige Verbrauchsgüter nur noch zögerlich gekauft. In Großbritannien und in den skandinavischen Ländern stieg die Sparquote sogar deutlich.

Die Zunahme der Ausfuhr hat sich beträchtlich verlangsamt. Der innereuropäische Handel verlor erheblich an Schwung. Zwar gingen von der deutschen Vereinigung weiter kräftige Impulse aus, doch dämpfte die Konjunkturschwäche in vielen europäischen Volkswirtschaften die Expansion. Der Export in Drittländer war rückläufig. Die Ausfuhr in den Dollar-Raum wurde insbesondere durch die rezessive Entwicklung in Nordamerika und die Wechselkursbedingte Verschlechterung der Wettbewerbsposition europäischer Anbieter bis zum Beginn dieses Jahres gedrückt. Der Export in die osteuropäischen Länder hat abgenommen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich nicht mehr. Die Beschäftigung nahm infolge der konjunkturellen Abschwächung insgesamt kaum noch zu. Im einzelnen gab es wegen der konjunkturellen Differenzierung aber beträchtliche Unterschiede. Während die Beschäftigung in Westdeutschland weiter kräftig stieg, ging sie namentlich in Großbritannien und Schweden zurück. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich zumeist.

Der Preisauftrieb blieb der Grundtendenz nach in den meisten Ländern mäßig. Die Verbraucherpreise sind im Laufe des Winterhalbjahres deutlich langsamer gestiegen als in den ersten Monaten der Golfkrise; stabilisierend wirkte vor allem der Preisrückgang bei Ölprodukten. Auch konnte die stärkere Erhöhung der Lohnkosten kaum weitergewälzt werden. Dem stand eine Intensivierung des Wettbewerbs — infolge der Konjunkturschwäche und der Aufwertung der westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar — entgegen.

Die Geldpolitik wird nach wie vor stabilitätsorientiert sein, doch dürften in den meisten Ländern, auch bei den bestehenden Leitkursen im EWS, die Zinsen aufgrund von Fortschritten bei der Stabilisierung des Preisniveaus und der Eindämmung von Inflationserwartungen leicht sinken.

Die Finanzpolitik bleibt prinzipiell auf Konsolidierung bedacht. Gleichwohl werden die Budgetdefizite trotz verschiedener Steuererhöhungen in den meisten Ländern konjunkturbedingt steigen. In Deutschland wird das Haushaltsdefizit in diesem Jahr aufgrund der hohen Ausgaben für die neuen Bundesländer kräftig ausgeweitet.

Nach dem Abklingen der Ölverteuerung expandieren die Realeinkommen wieder rascher, und die Dämpfung der Konsumneigung durch die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Golfkrise entfällt. Der private Konsum wird aus diesem Grunde nunmehr etwas stärker zunehmen. Die Absatzaussichten der Unternehmen werden auch mit der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds günstiger. Zudem wirkt anregend, daß die Geldpolitik in einer Reihe von Ländern gelockert wird. Die Unternehmensinvestitionen werden wohl in der zweiten Hälfte dieses Jahres und auch 1992 etwas rascher ausgeweitet; im Wohnungsbau dürfte sich der Produktionsrückgang allerdings zunächst noch fortsetzen. Die Ausfuhr in die übrige Welt wird sich beleben, vor allem aufgrund der

günstigeren Entwicklung in Nordamerika und des Wiederaufbaus in der Golfregion. Im innereuropäischen Austausch wird die von Deutschland auf die übrigen Volkswirtschaften ausgehende Nachfrage langsamer expandieren.

Alles in allem steigen Nachfrage und Produktion im späteren Verlauf dieses Jahres in den meisten Ländern wohl wieder kräftiger. Im Jahresdurchschnitt 1991 wird sich das reale Bruttosozialprodukt wegen der Abflachung im vergangenen Winterhalbjahr wohl nur um 1 bis 1 1/2 vH erhöhen; im nächsten Jahr wird es um reichlich 2 vH zunehmen. Die Expansion dürfte dabei nur wenig hinter dem Wachstum des Produktionspotentials zurückbleiben, und die Arbeitslosigkeit steigt kaum noch. Der Preisauftrieb läßt etwas nach. Die Verbraucherpreise werden 1991 um knapp 5 vH und 1992 um 4 1/2 vH höher als im jeweiligen Vorjahr sein.

Flaute an den Rohstoffmärkten geht zu Ende

Aufgrund der Konjunkturabschwächung in den Industrieländern ist der Verbrauch von Rohstoffen im Laufe des Winterhalbjahres insgesamt leicht gesunken. Zudem waren die Verarbeiter weiterhin bestrebt, ihre Rohstoffvorräte niedrig zu halten. Insbesondere bei NE-Metallen trug hierzu bei, daß das Angebot nach der Beendigung einer Reihe von Streiks und anderer Produktionsstörungen wieder reichlicher wurde. Das Preisniveau auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe ist daher seit dem vergangenen Herbst deutlich zurückgegangen. Bei der im späteren Verlauf dieses Jahres zu erwartenden Belebung der Weltkonjunktur wird es auf den Rohstoffmärkten zu einer Tendenzumkehr kommen. Die Nachfrageausweitung wird zunächst merklich über den Anstieg des Rohstoffverbrauchs hinausgehen, da auch die Lagerdispositionen der Verarbeiter von der Besserung der Absatzerwartungen beeinflußt werden. Die Preise vieler Industrierohstoffe werden sich dann wieder erhöhen; der Anstieg wird indes gemäßigt bleiben, da auch das Angebot ausgeweitet wird.

Den bei Ausbruch der Nahostkrise im Spätsommer aufgetretenen Befürchtungen einer Verknappung von Erdöl wurde nach wenigen Monaten durch die rasche Steigerung der Förderung insbesondere in Saudi-Arabien die Grundlage entzogen. Der Weltmarktpreis für Öl, der sich zunächst mehr als verdoppelt hatte, gab daher schon Ende vergangenen Jahres nach und erreichte im Februar wieder das Niveau vor der Krise. Auch nach einer Aufhebung des UN-Embargos für Öllieferungen Iraks wird sich dessen Produktion wegen der Zerstörung von Förder- und Transportanlagen in diesem Jahr wohl nur allmählich erhöhen, und Kuwait wird aus gleichem Grunde noch eine ganze Zeit als Anbieter ausfallen. Unter diesen Umständen wird Saudi-Arabien, bei nur schwach steigender Ölnachfrage, mit seiner Förderpolitik entscheidenden Einfluß auf den Weltmarkt behalten. Hier wird angenommen,

daß der Weltmarktpreis im weiteren Verlauf dieses Jahres bei rd. 18 Dollar je Barrel (durchschnittlicher Einfuhrpreis der Industrieländer) liegen wird.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel ist das Preisniveau seit dem vergangenen Herbst, auf Dollarbasis gemessen, nicht mehr gesunken. In der Saison 1991/92 werden größere Ernten und eine Aufstockung der Bestände bei Mais und Kakao wohl zu einem leichten Preisrückgang führen. Dagegen wird die Erzeugung von Weizen und Kaffee voraussichtlich hinter dem Verbrauch zurückbleiben; die Notierungen werden deshalb vermutlich anziehen. Für Ölsaaten und Zucker zeichnen sich keine größeren Veränderungen ab. Insgesamt dürfte sich so das Preisniveau auf den Nahrungs- und Genußmittelmärkten im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht erhöhen.

Lebhaftere Expansion des Welthandels

Mit der Abkühlung der Weltkonjunktur hat sich die Zunahme des Welthandels ab Mitte vergangenen Jahres merklich verlangsamt. Kaum noch gestiegen sind die Einfuhren in den nordamerikanischen Ländern, in denen die

konjunkturelle Schwäche ausgeprägter war als in anderen Industrieländern. Noch recht kräftig wurden dagegen die Einfuhren in Japan und in Deutschland ausgeweitet. In den osteuropäischen Ländern schrumpften die Importe sogar.

Die dämpfenden Einflüsse auf den Welthandel dürften im Verlauf dieses Jahres nachlassen. Einmal werden die Einfuhren in den USA und in einigen anderen Ländern nach der Überwindung der Rezession kräftiger zunehmen. Zum anderen besteht im Nahen Osten nach der Beendigung des Golfkrieges ein erheblicher Importbedarf. In den südostasiatischen Schwellenländern wird mit der Erholung von Produktion und Absatz auch die Einfuhr rascher steigen. Deutlich aufwärtsgerichtet bleibt die Einfuhrentwicklung in Deutschland. Keine Belebung ist dagegen bei den Importen der osteuropäischen Länder zu erwarten; deren potentielle Nachfrage für westliche Produkte ist zwar enorm hoch, die internen wirtschaftlichen Probleme und die Devisenknappheit stehen einer Ausweitung der Einfuhr indes entgegen. Insgesamt wird sich der Welthandel, der im vergangenen Jahr real um 5 vH zunahm, 1991 im Durchschnitt um 3 bis 4 vH, im nächsten Jahr wieder um etwa 5 vH erhöhen.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Im Winterhalbjahr 1990/91 hat sich die Kluft zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung im Westen und der im Osten Deutschlands weiter vertieft. In den alten Bundesländern setzte sich die konjunkturelle Expansion in hohem Tempo fort. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion übertraf den der Sachkapazitäten nochmals deutlich. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm beschleunigt zu, und trotz des starken Zustroms von Pendlern aus den neuen Bundesländern ging die Arbeitslosigkeit bis zuletzt spürbar zurück. Dagegen dauerte die Talfahrt der Wirtschaft in den neuen Bundesländern an. Schon der Zusammenbruch des Zentralplansystems und der mit der Einführung der D-Mark verbundene Wettbewerbsschock hatten die meisten Betriebe zu drastischen Produktionseinschränkungen und einige zu Stilllegungen gezwungen. Hinzugekommen ist nun die Umstellung des Handels der ehemaligen RGW-Länder auf konvertible Währung zum 1. Januar 1991, der für die ostdeutschen Betriebe den weitgehenden Verlust der wichtigsten Exportmärkte zur Folge hatte. Die Industrieproduktion, die sich nach einem schlagartigen Einbruch nach der Jahresmitte im weiteren Verlauf des Jahres 1990 bei etwa der Hälfte des früheren Niveaus stabilisiert hatte, dürfte inzwischen nochmals deutlich zurückgegangen sein. Die Zahl der Arbeitslosen und die der Kurzarbeiter stiegen im Winterhalbjahr zwar verlangsamt, doch unterzeichnet dies den Anpassungsbedarf der Betriebe an die gesunkene Produktion und die zur Rationalisierung erforderliche Freisetzung von Arbeitskräften, weil in hohem Maße von der Treuhandanstalt verbürgte Kredite für die Aufrechterhaltung der Beschäftigung verwendet werden.

Die konjunkturelle Entwicklung in Westdeutschland war bis zuletzt von der deutschen Vereinigung geprägt, die zu umfangreichen Lieferungen von Gütern nach Ostdeutschland und zu Einkäufen von Haushalten aus den neuen Bundesländern in Westdeutschland geführt hat. Dagegen gehen die Auftragseingänge aus dem Ausland seit dem Herbst vergangenen Jahres verstärkt zurück. Darin schlägt sich die spürbare konjunkturelle Abschwächung in den wichtigsten Partnerländern der westdeutschen Wirtschaft nieder. Wohl wegen der hohen Auftragsbestände wurde das Niveau der Ausfuhren im Winterhalbjahr allerdings gehalten.

Die Verlagerung der Nachfrage hat im westdeutschen Konjunkturbild deutliche Spuren hinterlassen. Stimuliert wurde vor allem die Expansion der Dienstleistungsbereiche, insbesondere des Handels; stützend wirkte der Nachfragesog ebenfalls auf das verarbeitende Gewerbe. Begünstigt waren in erster Linie die konsumnahen Bereiche, die ihre Produktion stark steigerten; dagegen sind die Lieferungen von Investitionsgütern nach Ostdeutschland bis zuletzt noch relativ gering geblieben und haben den Rückgang der Ausfuhren namentlich im Maschinenbau bei weitem nicht ausgleichen können.

Die Nachfrage der westdeutschen Investoren und Konsumenten war auch zu Jahresbeginn lebhaft, wenngleich der Höhepunkt der Investitions- und der Verbrauchskonjunktur überschritten sein dürfte. Bei den Investitionen wirkten die hohe Kapazitätsauslastung, die vielfach noch günstigen Gewinnerwartungen und die Aussichten auf künftig deutlich umfangreichere Lieferungen von Investitionsgütern nach Ostdeutschland bis zuletzt anregend, die hohen Zinsen und die rückläufigen Auslandsaufträge dagegen dämpfend. Die Zinsen und die deutlich gestiegenen Baukosten haben nach der boomartigen Zunahme im Wohnungsbau im vergangenen Jahr Nachfrage und Produktion im Eigenheimbau stark gedrückt. Im gewerblichen Bau blieben Orderfähigkeit und Produktion lebhaft. Die privaten Haushalte weiteten auch nach dem Abklingen der Impulse der Steuersenkungen vom Beginn des zurückliegenden Jahres den Konsum relativ kräftig aus. Dabei ging die Ersparnisbildung etwas zurück.

Der Preisauftrieb blieb in Westdeutschland, anders als früher in Spätphasen eines konjunkturellen Aufschwungs, insgesamt gesehen mäßig. Lediglich im Baugewerbe schlug sich die starke Nachfrage in deutlich höheren Preisen nieder. Maßgeblich für die verhaltene Entwicklung des Preisniveaus sind vergleichsweise niedrige Lohnabschlüsse in den letzten Jahren, eine Geldpolitik, die in Westdeutschland und in anderen Ländern schon früh auf einen inflationsdämpfenden Kurs zurückgekehrt war, und, im Zusammenhang damit, ein relativ ruhiges Preisklima auf den internationalen Märkten. Nach dem Abklingen der Unsicherheiten auf dem Erdölmarkt braucht von dieser Seite her kein Anstoß zu Preissteigerungen mehr befürchtet zu werden. Dämpfend auf den Preisniveauanstieg wirkt auch der zunehmende Angebotsdruck durch Unternehmen aus Ländern, deren Konjunktur sich spürbar abgeschwächt hat. Die jüngsten und die für das Jahr noch zu erwartenden Tariflohnabschlüsse bedeuten allerdings einen beträchtlich verstärkten Lohnkostenanstieg; hinzu kommen Erhöhungen von Steuern, Sozialabgaben und administrierten Preisen. Damit dürfte sich der Preisauftrieb deutlich beschleunigen. Dies wird zugleich, auch wenn die Geldpolitik ihren Kurs nicht verschärft, den monetären Spielraum für eine Mengenexpansion verengen.

Dämpfende Effekte auf die Konjunktur sind von der Geldpolitik ohnehin seit längerem angelegt. Im Winterhalbjahr hat die Bundesbank ihren Kurs verschärft, indem sie die Liquiditätsversorgung der Banken verknappte und mehrmals ihre Leitzinsen heraufsetzte. Infolgedessen zogen die Geldmarktsätze merklich an. Demgegenüber blieben die langfristigen Zinsen zunächst stabil; seit Mitte Januar sind sie, weitgehend im Einklang mit der internationalen Zinsentwicklung, sogar um reichlich einen halben Prozentpunkt gesunken.

Maßgeblich für die Straffung der Geldpolitik war die Entwicklung der westdeutschen Geldmenge. Zwar bewegte sich die Geldmenge M3, die von der Bundesbank zunächst noch in dieser regionalen Abgrenzung als geldpolitischer Indikator benutzt wurde, bis zum Jahresende innerhalb des durch laufende Expansionsraten von 4 und 6 vH begrenzten Zieltrichters; ihre Zunahme hatte sich aber im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1990 deutlich beschleunigt.

Ein anderer Grund für die Verschärfung der Geldpolitik dürfte gewesen sein, daß in Ostdeutschland mit der Währungsumstellung größere Geldbestände geschaffen wurden, als es zuvor für angemessen gehalten worden war. Die gesamtdeutsche Geldmenge — seit Beginn des Jahres 1991 sieht sich die Bundesbank nicht mehr in der Lage, die westdeutschen und die ostdeutschen Geldbestände getrennt zu erfassen — übertraf in den ersten beiden Monaten dieses Jahres den Vorjahresstand in den alten Bundesländern um annähernd 20 vH. Zieht man davon die im Zusammenhang mit der Erweiterung des Währungsgebiets als angemessen betrachtete Aufstockung der Geldmenge um 10 vH sowie die als potentialgerecht angesehene Zuwachsrate von etwa 5 vH ab, so verbleibt ein beträchtlicher monetärer Überhang. Er wird sich freilich im Laufe dieses Jahres verringern. Zum einen werden in den neuen Bundesländern — die Haushalte und die Unternehmen konnten bis zur Währungsunion Geldvermögen fast nur in liquider Form anlegen — weiterhin Geldbestände in höher verzinsliche Kapitalanlagen umgeschichtet; schon im zweiten Halbjahr 1990 sind die Geldbestände um 10 vH verringert worden. Zum anderen nimmt dort die Notwendigkeit ab, Kasse zu halten, weil die bisher noch zu beobachtenden Engpässe im Zahlungsverkehr nach und nach überwunden werden. Dagegen wird mit dem verfügbaren Einkommen der Transaktionskassenbedarf der privaten Haushalte weiter steigen. Alles in allem dürften auch 1991 die Geldbestände in Ostdeutschland abnehmen, wenngleich vermutlich in geringerem Tempo als bisher.

Die dämpfenden Effekte der Geldpolitik und die retardierenden Einflüsse der verlangsamten konjunkturellen Expansion im Ausland wurden von der Finanzpolitik überspielt, die im Gefolge der deutschen Vereinigung einen stark expansiven Kurs eingeschlagen hat. Mit der Einführung der Währungsunion ist ein Strom von Transfers und von öffentlichen Mitteln für Investitionen nach Ostdeutschland in Gang gesetzt worden, der fortlaufend angeschwollen ist. Ein großer Teil davon fließt über Käufe von Gütern nach Westdeutschland zurück.

Spiegelbild dieser Entwicklung ist, daß in Ostdeutschland die Entkoppelung von Produktions- und Einkommensentwicklung fortschreitet. Das ostdeutsche Tarif-Lohnniveau dürfte bereits gegen Ende des laufenden Jahres rund 60 vH des westdeutschen betragen, nachdem es in der ersten Jahreshälfte 1990 nur etwa ein Drittel ausgemacht hatte. Dahinter stehen Forderungen

und Vorstellungen, das Wohlstandsniveau in Ostdeutschland möglichst rasch dem in Westdeutschland anzugleichen. Zugleich stieg die Zahl der Arbeitslosen und die der Kurzarbeiter stark an. Mit den Löhnen sind auch das Arbeitslosen- und das Kurzarbeitergeld beträchtlich erhöht worden. Die Renten wurden ebenfalls kräftig angehoben. So hat zwar die Kaufkraft eines großen Teils der ostdeutschen Bevölkerung erheblich zugenommen. Die Kehrseite ist jedoch, daß mit jeder Lohnerhöhung die Kostenbelastung der ostdeutschen Betriebe steigt. Weil diese Kosten im Wettbewerb nicht erwirtschaftet werden können, greifen die Unternehmen zur Zahlung der Löhne auf von der Treuhandanstalt verbürgte Kredite zurück, also letztlich wieder auf aus dem Westen zu leistende Transfers. Gegenwärtig gibt es somit ein Aufschaukeln von Löhnen, Transfers und Subventionen, das die Zukunftsaussichten der deutschen Wirtschaft belastet.

Ostdeutschland: Noch in der Anpassungskrise

Die ostdeutsche Wirtschaft durchläuft gegenwärtig eine Phase schmerzhafter Anpassungen. Nach dem Einbruch im Sommer letzten Jahres und einer kurzen Stagnationsphase ist die Industrieproduktion in den Wintermonaten noch einmal deutlich zurückgegangen. Das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands dürfte im Winterhalbjahr um etwa ein Viertel niedriger gewesen sein als vor einem Jahr und die Industrieproduktion um etwa die Hälfte. Die Beschäftigung ist trotz hoher Kurzarbeit und der Wartestandsregelung im Öffentlichen Dienst drastisch gesunken, und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Im März wurden rund 800 000 Arbeitslose und 2 Mill. Kurzarbeiter gezählt. Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt entspricht weitgehend der Vorhersage in der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst vergangenen Jahres.

Zwar zeigen sich erste Erfolge bei der Umstellung von Betrieben, doch bei der Mehrheit ist die Umstrukturierung nicht vorangekommen. Deshalb gibt es in vielen Betrieben Befürchtungen, daß ihr Fortbestand gefährdet ist. Dies alles hat zu einer resignativen Grundstimmung in der ostdeutschen Bevölkerung geführt.

Die eigentlichen Ursachen dieser Umstellungskrise werden häufig mißverstanden. Der Übergang zur Marktwirtschaft, die Öffnung der Märkte und der Aufwertschock bei der Einführung der D-Mark haben die fundamentalen Mängel des bisherigen Wirtschaftssystems mit einem Schlag offengelegt und die Anpassungsfähigkeit der Betriebe überfordert. Zudem waren die Unternehmen rasch mit einer Lohnpolitik konfrontiert, die sich einseitig an den Westlöhnen und nicht an der Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft orientiert. Da die Konsumenten in den neuen Bundesländern westliche Waren bevorzugten, verlor die ostdeutsche Wirtschaft praktisch über Nacht große Teile ihres heimischen Marktes. Schließlich kam es — bedingt durch die Aufhebung des bisherigen Transferrubel-Verrechnungssystems und durch gleichar-

tige Umstellungsprobleme innerhalb des gesamten osteuropäischen Wirtschaftsraumes — Anfang dieses Jahres zu starken Einbrüchen im Osthandel.

Die Kombinate bemühen sich, die Kosten zu senken, insbesondere unternehmensfremde Bereiche wie Kindergärten und Krankenversorgung aufzulösen oder auf staatliche Träger zu verlagern; andere Bereiche wie Spedition, Baukolonnen und Reparaturwerkstätten, werden jetzt als eigenständige Unternehmen geführt. In den Kombinateneinheiten wurde allein dadurch die Belegschaft um etwa ein Fünftel verringert. Die Produktpalette wurde gestrafft. Überall fehlt es aber an Finanz-, Sach- und Humankapital, um neue Produkte und neue Fertigungsverfahren zu entwickeln. Der notwendige Aufbau neuer Vertriebswege kommt ebenfalls nur langsam voran. Die von der Treuhandanstalt verbürgten Kredite dienen häufig allein zur Bezahlung der Löhne; Konzepte für eine Umstrukturierung oder Sanierung fehlen vielfach noch. Auch bieten die jetzt nach langer Verzögerung erstellten Eröffnungsbilanzen nur wenig Informationen über den tatsächlichen Wert der Unternehmen, da sie wenig über die zukünftigen Entwicklungschancen der Unternehmen aussagen. Diese werden weniger vom vorhandenen Sachvermögen als vielmehr davon abhängen, ob ein effizientes Management zur Verfügung steht.

Während der Niedergang der ostdeutschen Industrie — wenn auch nicht in dieser Schärfe und Geschwindigkeit — angesichts der geringen Wettbewerbsfähigkeit allgemein erwartet worden war, wurden bisher die Hoffnungen enttäuscht, daß andere Bereiche, insbesondere die Bauwirtschaft und der Dienstleistungssektor, ein Gegengewicht bilden könnten. Schon vor der Vereinigung sanken in der Bauwirtschaft Nachfrage und Produktion deutlich. Viele von der damaligen Administration geplante und begonnene Projekte wurden gestoppt, neue zunächst kaum begonnen. Die Talfahrt setzte sich nach der Vereinigung fort. Zudem sind die ostdeutschen Bauunternehmen jetzt zunehmend der Konkurrenz aus Westdeutschland ausgesetzt und können häufig nicht mithalten. Im Verlauf des vergangenen Jahres sind in der ostdeutschen Bauwirtschaft rund 150 000 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Sehr unterschiedlich ist die Lage im Dienstleistungssektor. Bereiche, wie Gaststätten, Hotels und Handwerke, waren in der sozialistischen Planwirtschaft unterentwickelt. Vergleichsweise viele Beschäftigte gab es dagegen im Bereich der sogenannten gesellschaftlichen Konsumtion, also insbesondere dem öffentlichen Gesundheits-, Sozial- und Kulturbereich. Diese Dienstleistungen wurden früher hoch subventioniert. Unternehmensbezogene Dienstleistungen wurden überwiegend von den Kombinateneinheiten selbst erbracht.

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft ist in den bisher unterentwickelten Dienstleistungsbereichen das Angebot ausgeweitet worden. Es kam auch zu Auslagerungen unternehmensbezogener Dienstleistungen aus den Kombinateneinheiten. Die Präferenzverschiebung der Konsumenten zu-

gunsten hochwertiger Gebrauchsgüter, die Inanspruchnahme westdeutscher Dienstleistungen (z.B. Reisen), kräftig steigende Preise und — auch in Zusammenhang damit — vermehrte Eigenleistungen haben allerdings dazu geführt, daß die Nachfrage in vielen Dienstleistungsbereichen zurückgegangen ist. Ferner ist der Mangel an erschwinglichen Gewerberäumen ein Engpaß für die Entwicklung des Handwerks und des mittelständischen Handels.

Dennoch hat es eine große Anzahl von Gewerbebeanmeldungen gegeben, bis zum ersten Vierteljahr 1991 insgesamt rund 330 000, davon knapp zwei Drittel in den Bereichen Handwerk, Handel, Gaststätten und Erholungswesen. Etwa ein Zehntel der Existenzgründer hat aber wieder aufgegeben. Ein erheblicher Teil der Gewerbebeanmeldungen entfällt zudem auf Umgründungen und Auslagerungen. Die Anzahl der Neuselbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) ist deshalb auf kaum mehr als 100 000 Personen geschätzt worden. Insgesamt dürften von den Neugründungen bisher nur geringe Beschäftigungseffekte ausgegangen sein.

Untersuchungen haben ergeben, daß seit der Vereinigung etwa 1 Mill. Menschen aus Ostdeutschland einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Die Aussagekraft dieser Zahl für die wirtschaftliche Entwicklung ist allerdings gering: Nahezu 250 000 Arbeitsplätze entfallen allein auf Pendler. Viele der in Ostdeutschland entstandenen Arbeitsplätze sind durch Umgründungen und Auslagerungen von Betriebsteilen entstanden. Insgesamt sind somit weit weniger Arbeitsplätze neu geschaffen worden als weggefallen sind. Das gilt auch für den Dienstleistungsbereich. Im vergangenen Jahr nahm die Zahl der Beschäftigten im gesamten Dienstleistungssektor um etwa 200 000 Personen ab.

Die Privatisierung durch die Treuhandanstalt ist in jüngster Zeit fortgeschritten. Innerhalb der letzten fünf Monate wurden nach vorläufigen Angaben reichlich ein Zehntel der industriellen Unternehmen des produzierenden Gewerbes, alle Warenhäuser, fast drei Viertel der Gaststätten und Ladengeschäfte sowie die Hälfte der Hotels und der Apotheken privatisiert. Für ein weiteres Viertel der Apotheken wurden Mietverträge abgeschlossen. Von den gewerblichen Unternehmen (ohne Gaststätten, Ladengeschäfte, kleine Hotels und Apotheken) wurden insgesamt 1 260 verkauft. Bei der bisherigen Privatisierung wurden von den Käufern kurz- und mittelfristige Investitionspläne vorgelegt, die sich auf eine Gesamtsumme von rund 50 Mrd. DM belaufen. Ende März lagen der Treuhandanstalt weitere 2 100 Kaufangebote vor. Die hohe Zahl der verkauften Unternehmen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Stand der Privatisierung, gemessen an Umsatz, Produktion und Zahl der Arbeitsplätze, noch niedrig ist. Bisher wurden von der Treuhandanstalt rund 330 Unternehmen als nicht sanierungsfähig eingestuft und befinden sich in Liquidation bzw. Gesamtvollstreckung. Davon sind knapp 90 000 Beschäftigte betroffen.

Die Veräußerung von Grundstücken durch die Treuhandanstalt kommt nach wie vor nicht recht voran. Gegenwärtig verwaltet die Treuhandanstalt knapp 30 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche und zwei Drittel der Forstfläche der ehemaligen DDR. Hinzu kommen noch bebaute und unbebaute Grundstücke außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, mit einer Fläche von 25 Mrd. m²; dies entspricht nahezu einem Viertel des Gesamtgebietes. Davon wurde bisher nur ein verschwindend geringer Teil veräußert. Ein verstärktes Angebot durch die Treuhand würde das Investitionshemmnis „hohe Grundstückspreise“ rasch beseitigen helfen.

Die bisherige Entwicklung zeigt, daß die ostdeutschen Betriebe ohne Hilfe von außen kaum in der Lage sind, die erforderliche Anpassung zu bewältigen. Westliche Investoren sind zwar schon in verschiedenen Bereichen aktiv, insbesondere im Handel und im Dienstleistungssektor. Auch in der Industrie hat die Modernisierung alter und der Aufbau neuer Fertigungskapazitäten begonnen. Dennoch bedarf es für eine nachhaltige Belebung der Wirtschaft in Ostdeutschland zusätzlicher Investitionen. Dem stehen aber immer noch zahlreiche Hemmnisse entgegen, insbesondere die Probleme der Bewertung alter Betriebe, administrative Verzögerungen beim Erwerb von Grundstücken und Betrieben sowie der schlechte Zustand der öffentlichen Infrastruktur.

Die Tatsache, daß die administrativen Hemmnisse jetzt in den Vordergrund treten, zeigt aber auch, daß die Neigung westdeutscher und ausländischer Unternehmen zugenommen hat, in den neuen Bundesländern zu investieren. Von Seiten der Wirtschaftspolitik und der Administration wird verstärkt versucht, Hemmnisse zu beseitigen. Beim Grundstückserwerb wurde inzwischen eine „Vorfahrtsregelung“ für Investoren getroffen, nach der den ursprünglichen Eigentümern lediglich eine finanzielle Entschädigung eingeräumt wird. Es scheint, daß damit zumindest für die Investoren ausreichende Planungssicherheit gegeben ist. Die offene Frage ist, inwieweit die Gemeinden bereit sind, das „Restrisiko“ der Entschädigung zu tragen. Grundstücksübertragungen zu investiven Zwecken sollen von den Grundbuchämtern beschleunigt bearbeitet werden. Zunehmend werden auch Verwaltungshilfen von westdeutscher Seite zur Verfügung gestellt. Ob dies allerdings ausreicht, die Investitionshemmnisse zu beseitigen, kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

Massiver staatlicher Mitteleinsatz

Der Umfang an Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Infrastruktur und der privaten Investitionen in den neuen Bundesländern wurde im Frühjahr nochmals vergrößert. Unter Berücksichtigung der gesamten staatlichen Förderung ist Ostdeutschland für Investoren inzwischen zu einer Art „Oase“ geworden — allerdings einer, die — angesichts der Vielfalt der Maßnahmen — unübersicht-

lich und verwirrend ist und deren Wirkungen auf die Allokation der Ressourcen letztlich kaum abschätzbar sind (vgl. Übersicht).

Insgesamt dürften im laufenden Jahr öffentliche Leistungen in einer Größenordnung von annähernd 100 Mrd. DM von Westdeutschland nach Ostdeutschland fließen. Das ist rund die Hälfte des ostdeutschen Sozialprodukts. Ein großer Teil des staatlichen Mitteleinsatzes geht gegenwärtig noch in den Konsum, insbesondere über die soziale Abfederung. Das Auseinanderlaufen von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion wird damit gegenwärtig weitgehend vom Staat finanziert.

Rückgang des privaten Verbrauchs

Die ostdeutschen Konsumenten haben in der ersten Phase der Vereinigung die verbesserten Kaufmöglichkeiten in hohem Maße genutzt. Die reale Konsumnachfrage stieg unter Rückgriff auf die angesammelten Ersparnisse kräftig, wobei gleichzeitig in großem Umfang östliche Waren durch westliche ersetzt wurden. Zwar besteht immer noch ein großer Nachholbedarf, aber unter dem Einfluß des gestiegenen Arbeitsplatzrisikos dürfte nun ein vorsichtigeres Konsumverhalten Platz greifen. Die Sparquote wird deutlich steigen.

Die tariflichen Löhne werden in diesem Jahr um mehr als die Hälfte über dem Niveau im Vorjahr liegen, nachdem sie im vergangenen schon um ein Viertel zugenommen hatten. Wegen des Rückgangs der Arbeitszeit (sowohl tarifliche Kürzung als auch Kurzarbeit) wird der Bruttolohn pro Beschäftigten allerdings mit rund 20 vH nur wenig stärker als im vergangenen Jahr steigen. Wer verkürzt arbeitet oder arbeitslos ist, partizipiert jedoch auch an den Lohnerhöhungen durch die Dynamisierung der jeweiligen Hilfen. Das Arbeitslosengeld beispielsweise wurde Anfang Januar um 17 vH angehoben und wird zum 1. Juli erneut erhöht. Auch die Renteneinkommen werden kräftig zunehmen. Im zweiten Halbjahr werden sie um zwei Drittel über dem Niveau in der ersten Jahreshälfte 1990 liegen.

Wegen des starken Rückgangs der Beschäftigung, der hohen Kurzarbeit und der deutlichen Verringerung der tariflichen Wochenarbeitszeit wird die Bruttolohn- und -gehaltssumme in diesem Jahr abnehmen. Nach Berücksichtigung der Steuern und Sozialabgaben sinkt die Lohnsumme sogar deutlich. Allerdings steigen die staatlichen Transfers netto um über 80 vH, so daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um deutlich mehr als 10 vH expandiert.

Aber auch die Preise werden in diesem Jahr kräftig steigen. Maßgebend hierfür sind vor allem die Tarifierhebungen bei öffentlichen Dienstleistungen und Energie. Die ursprünglich für das Frühjahr geplanten Mieterhöhungen — von durchschnittlich 1 DM pro m² auf 4 DM pro m² einschließlich Nebenkosten — wurde dagegen auf

Übersicht

Wichtige staatliche Investitionsfördermaßnahmen in den neuen Bundesländern

Einbeziehung des gesamten Gebietes der früheren DDR in das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit Höchstfördersatz von 23 %. Dieser Fördersatz darf durch Investitionshilfen für gewerbliche Investitionen (Investitionszulage) um bis zu 10 Prozentpunkte überschritten werden. Die Förderhöchstsätze für das bisherige Zonenrandgebiet wurden auf 18 % abgesenkt, um ein Fördergefälle zugunsten der neuen Bundesländer zu schaffen. Gleichzeitige Förderung von Investitionen der Gemeinden in gewerbenahe Infrastruktur (Fördersatz bis zu 90 %). Insgesamt werden hierfür in den nächsten Jahren aus Haushaltsmitteln (50 % Bund, 50 % Länder) jährlich 3 Mrd. DM bereitgestellt; hinzu kommen 1991 bis 1993 jährlich 1 Mrd. DM aus dem EG-Regionalfonds. Mit den bisher beantragten Fördermitteln kann ein Investitionsvolumen von ca. 27 Mrd. DM gefördert werden.

Sonderabschreibungen für Ausrüstungsinvestitionen und Betriebsgebäude (bis zu 50 % zusätzlich zu der linearen AfA in den ersten fünf Jahren).

Investitionszulage in Höhe von 12 % bis zum 31. Dezember 1991 und danach von 8 % bis zum 31. Dezember 1992 für bewegliche Anlagegüter, die vor dem 1. Juli 1992 begonnen und vor dem 1. Januar 1995 fertiggestellt sind. Die Investitionszulage kann bei Ausrüstungsinvestitionen mit den vorgesehenen Sonderabschreibungen kumuliert werden.

Weitere steuerliche Entlastungen: keine Erhebung von Gewerbesteuer- und Vermögensteuer, Freibetrag bei Lohn- und Einkommensteuer von 600/1 200 DM jährlich.

Bund/Länder-Programm zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im westlichen Grenzgebiet der neuen Länder; 1990 und 1991 stehen insgesamt 400 Mill. DM zur Verfügung. Die Mittel sind bereits weitgehend vergeben.

KfW-Kreditprogramm zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft (bis 500 Mill. DM Jahresumsatz) in den neuen Ländern. Die Zinsvergünstigungen (7,5 % bei einem Auszahlungsvolumen von 96 vH) erfolgen aus Eigenmitteln der KfW.

Gemeindekreditprogramm zur Förderung kommunaler Infrastruktur; Volumen 1990 bis 1993 15 Mrd. DM. Seit Programmstart (Ende September 1990) wurden 9,8 Mrd. DM beantragt. Zugesagt wurden bereits Kredite von 4,5 Mrd. DM (Zinsverbilligung bis zu 3 Prozentpunkten, bis zu fünf tilgungsfreie Anlaufjahre).

Wohnungsmodernisierungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 10 Mrd. DM für 1990 bis 1993 (Zinssatz 3 Prozentpunkte unter Kapitalmarktzins).

Staatliche Garantien für Kredite der Treuhandanstalt zur Sanierung und Umstrukturierung der ehemals volkseigenen Betriebe von 25 Mrd. DM.

Zinsgünstige ERP-Kredite für Existenzgründungen und private Investitionen in den neuen Bundesländern (Volumen 1990: 7,5 Mrd. DM, 1991: 6 Mrd. DM). Seit März 1990 wurden fast 71 000 Anträge gestellt und reichlich 60 000 Zusagen gegeben. Bisher zugesagtes Fördervolumen: knapp 6,5 Mrd. DM, davon sind 2,8 Mrd. DM abgeflossen.

Präferenz für kleine und mittlere Unternehmen aus den neuen Bundesländern bei öffentlichen Aufträgen.

Maßnahmen zur Förderung des Mittelstandes. Bisher zugesagtes Fördervolumen: knapp 700 Mill. DM.

Förderung der ostdeutschen Exportwirtschaft durch Hermes-Bürgschaften mit besonders günstigen Konditionen für Exporte in die UdSSR.

Förderung von 35 Umweltpilotprojekten mit rund 670 Mill. DM (1990 bis 1994).

Schritte zur Verbesserung des Verkehrsnetzes sind im Gange oder in Vorbereitung. Förderung von Forschung und Entwicklung durch Sonderprogramme des BMFT (1990: 80 Mill. DM; 1991: gleiche Höhe angestrebt).

Gemeinschaftswerk „Aufschwung-Ost“ — hierdurch wird vor allem die öffentliche Infrastruktur, insbesondere im verkehrs-, umwelt- und städtebaulichen Bereich, gefördert (1991 und 1992 jeweils 12 Mrd. DM).

Ausgaben des Bundes für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen (1991: 7 Mrd. DM).

Für den Netzausbau der Post sollen bis 1997 reichlich 55 Mrd. DM investiert werden; davon 1991 6,9 Mrd. DM.

das zweite Halbjahr verschoben, wobei gleichzeitig mit der Mieterhöhung auch mit Wohngeldzahlungen begonnen werden soll.

Insgesamt dürfte die Kaufkraft der privaten Haushalte in Ostdeutschland im laufenden Jahr nur wenig steigen. Da wieder mehr gespart wird, geht der private Verbrauch nach der starken Expansion im Vorjahr in diesem Jahr zurück.

Investitionsneigung nimmt zu

Die Bedingungen für Investitionen sind für die einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich. Diejenigen

ostdeutschen Unternehmen, deren Absatzmärkte weitgehend zusammengebrochen sind und die hohe Lohnkosten und Altschulden zu verkraften haben, sind gegenwärtig nicht in der Lage, größere Investitionsvorhaben aus eigener Kraft durchzuführen. Investitionsimpulse gehen aber zunehmend von Unternehmen aus, die schon privatisiert sind. Auch errichten westliche Investoren neue Betriebsstätten. Umfangreiche Investitionsvorhaben werden in den Bereichen Telekommunikation, Energie und Verkehr durchgeführt. Aus heutiger Sicht ist es aber eher unwahrscheinlich, daß alle für das laufende Jahr genannten Investitionsvorhaben tatsächlich durchgeführt werden können. Hier wurde unterstellt, daß von seiten der west-

deutschen Unternehmen, einschließlich der Bereiche Energie und Telekommunikation, Direktinvestitionen in einer Größenordnung von 20 Mrd. DM (nach 4 Mrd. DM im Jahr 1990) getätigt werden. Dies wären etwa drei Viertel des von westdeutschen Unternehmen für dieses Jahr genannten Investitionsvolumens in den neuen Bundesländern. Wegen der Direktinvestitionen wird die gesamte Investitionstätigkeit kräftig steigen.

Aufschwung am Bau mit Verzögerung

Trotz des großen Nachholbedarfs in allen Baubereichen ist es bisher nicht zu einer durchgreifenden Belebung im Baugewerbe gekommen. Ursachen dafür waren unsichere Eigentumsverhältnisse, rechtliche und administrative Hemmnisse beim Eigentumserwerb und bei den Baugenehmigungen, Knappheiten am Grundstücksmarkt sowie Finanzierungsengpässe bei staatlichen und privaten Investoren in Ostdeutschland. Nicht zuletzt besteht bei nicht kostendeckenden Mieten nur wenig Anreiz, im Wohnungsbau zu investieren.

Inzwischen haben sich allerdings die Aussichten in Teilbereichen des Baugewerbes aufgehellt. Maßgebend dafür sind insbesondere die verbesserte Finanzausstattung von Ländern und Kommunen, die beginnende Modernisierung und Neuerrichtung von Gewerbebetrieben durch private Investoren und das Anlaufen der großen Investitionsprojekte, insbesondere im Energiesektor und bei der Telekommunikation.

Im Wohnungsbau können inzwischen die Kosten von Modernisierungsinvestitionen zeitlich verteilt auf die Miete umgelegt werden. Trotz der verschiedenen Förderprogramme dürften aber vom Wohnungsbau wegen der noch nicht kostendeckenden Mieten einerseits und der Verunsicherung potentieller Wohnungsnachfrager durch verschlechterte Beschäftigungsaussichten andererseits zunächst nur geringe Impulse auf die Bauwirtschaft ausgehen. Dennoch wird die Baukonjunktur insgesamt im Verlauf des Jahres anspringen und eine Schrittmach Rolle für die Gesamtkonjunktur übernehmen.

Exporte auf Talfahrt

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres waren die Exporte Ostdeutschlands in die RGW-Länder noch einmal gestiegen, da viele Verträge abgewickelt und diese Geschäfte vom Bund und der Treuhandanstalt hoch subventioniert wurden. Da seit Beginn des Jahres in konvertierbarer Währung abgerechnet werden muß, über die die ehemaligen Handelspartner in Osteuropa nur in relativ geringem Umfang verfügen, die Planbeziehungen im RGW zusammengebrochen und neue marktmäßige Verflechtungen noch nicht entstanden sind, wird dieser Handel kräftig zurückgehen. Die Exporte in die früheren

Staaten des RGW dürften im laufenden Jahr nur noch 10 bis 15 Mrd. DM betragen, nach rund 33 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Allerdings gab es zuletzt gewisse Stabilisierungstendenzen bei der Nachfrage aus Osteuropa. So wurde inzwischen ein Großauftrag aus der Sowjetunion im Bereich Waggonbau erteilt, der zu einem großen Teil schon im laufenden Jahr abgewickelt werden soll. Nach den verschiedenen Hilfszusagen und Bürgschaften der Bundesregierung dürfte es zu weiteren Aufträgen aus der Sowjetunion kommen. Zu dem Rückgang der ostdeutschen Ausfuhr trug auch bei, daß die Lieferungen von Waren in das westliche Ausland wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit kräftig abnahmen. Im vergangenen Jahr sind die Exporte dorthin um reichlich ein Drittel gesunken, und auch 1991 ist keine durchgreifende Besserung zu erwarten.

Importsog hält an

Trotz der Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wird der Importsog anhalten, weil zunehmende Investitionen nur mit Hilfe steigender Einfuhren aus dem Westen realisiert werden können. In diesem Jahr dürfte die westdeutsche Wirtschaft Waren im Werte von etwa 80 Mrd. DM nach Ostdeutschland liefern, nach knapp 50 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Bei diesen Beträgen sind die Güter, die aus anderen Ländern importiert und über Westdeutschland nach Ostdeutschland geleitet werden, nicht berücksichtigt. Von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage Ostdeutschlands wird in diesem Jahr fast die Hälfte durch Importe (einschließlich der Bezüge aus Westdeutschland) gedeckt.

Gesamtwirtschaftliche Produktion stabilisiert sich

Kennzeichnend für die Entwicklung der Produktion im laufenden Jahr ist eine überaus starke Differenzierung nach Sektoren und Einzelbetrieben. Zahlreiche Betriebe, die nicht sanierungsfähig sind und derzeit noch durch Liquiditätskredite der Treuhand künstlich am Leben gehalten werden, dürften im Verlauf des Jahres stillgelegt werden. Ihre Produktion ist allerdings schon derzeit nicht sehr hoch. Andere Betriebe, die von der Treuhand als sanierungsfähig bezeichnet werden, obwohl für sie derzeit kein privater Käufer zu finden ist, werden weiter stark subventioniert. Sie dürften dennoch kaum größere Produktions- und Absatzsteigerungen erzielen. Daneben gibt es aber eine wachsende Zahl von Unternehmen, die privatisiert oder neu errichtet werden und den veränderten Wettbewerbsbedingungen standhalten. Sobald hier die Produktion anläuft, sind wegen des niedrigen Ausgangsniveaus in diesem Bereich größere Produktionsschübe zu erwarten. Deutlich zunehmen wird im Jahresverlauf auch die Bauproduktion.

Die Frage, wann der Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchschritten ist und wie kräftig die wirtschaftliche Erholung sein wird, ist aus heutiger Sicht nicht eindeutig zu beantworten. Nach unseren Überlegungen kommt es schon in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu einer leichten Belebung. Dafür sprechen Ergebnisse von Unternehmensbefragungen, die schon erfolgte Privatisierung und die zu erwartende Entwicklung der Bauproduktion. Kaum abzuschätzen ist dagegen, wieviele der der Treuhandanstalt noch unterstehenden Unternehmen in den Markt zurückfinden. Hier ist unterstellt, daß eine große Zahl dieser Betriebe mit Subventionen gestützt wird. Im Jahresdurchschnitt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion aber noch um ein Fünftel unter dem Vorjahresstand liegen.

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Der Beschäftigungsrückgang wird sich im laufenden Jahr fortsetzen. Zwar schaffen insbesondere die neugegründeten Betriebe zusätzliche Arbeitsplätze. Dies gleicht aber bei weitem nicht den Abbau von Arbeitsplätzen in den alten Betrieben und beim Staat aus. Nach Auslaufen der verschiedenen Schutzabkommen wie der sogenannten Warteschleife im öffentlichen Dienst (April, Juli), den Kündigungsschutzabkommen (Juni) und der Kurzarbeiterregelung (Dezember) dürfte es zu einer weiteren ruckartigen Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei teilweise sinkender Kurzarbeit kommen. Die Schätzungen darüber, wieviele Personen sich in der Warteschleife des öffentlichen Dienstes befinden, reichen bis zu einer Zahl von 600 000. Die Zahl der Erwerbstätigen wird Ende des Jahres um etwas mehr als eine Million unter dem derzeitigen Niveau und um 3,5 Mill. unter dem Niveau von 1989 liegen. Entlastet wird der Arbeitsmarkt durch die frühzeitigen Verrentungen, die Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die weiteren Abwanderungen und den zunehmenden Pendlerstrom nach Westdeutschland. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen und der Kurzarbeiter wird auf etwa 3,5 Mill. steigen.

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt damit dramatisch. Bei der Beurteilung der Situation ist allerdings zu berücksichtigen, daß im alten sozialistischen Wirtschaftssystem verdeckte Arbeitslosigkeit großen Ausmaßes existiert hat, die nun offen zutage tritt.

Westdeutschland: Konjunkturelle Auftriebskräfte werden schwächer

Die westdeutsche Konjunktur wird im weiteren Verlauf dieses Jahres und bis in das nächste Jahr hinein maßgeblich von den Einflüssen bestimmt werden, die schon im vergangenen Winterhalbjahr das Bild prägten. Von der Nachfrage Ostdeutschlands, die zum großen Teil mit den erhöhten staatlichen Transfers finanziert wird, gehen nach wie vor Impulse aus. Demgegenüber wirken die hohen

Zinsen, die umfangreichen Abgabenerhöhungen und, zunächst noch, die außenwirtschaftlichen Kräfte auf Abschwächung hin. Per Saldo wird die gesamtwirtschaftliche Expansion nachlassen.

Die Risiken für eine ungünstigere Entwicklung als die hier erwartete sind aus heutiger Sicht kleiner als noch vor wenigen Monaten. Gebannt sein dürfte, zumal nach dem Ende des Golfkrieges, die Gefahr einer weltweiten Rezession, die auch die deutsche Wirtschaft empfindlich getroffen hätte. Eine starke Dämpfung der Konjunktur als Folge der Lohnpolitik ist nach den bisherigen Tarifabschlüssen weniger wahrscheinlich geworden; abschließend kann das aber erst nach Beendigung des Lohnkonflikts in der Metallindustrie beurteilt werden. Nicht beseitigt ist angesichts der unübersichtlichen Entwicklung in Ostdeutschland die Unsicherheit über mögliche weitere finanzpolitische Belastungen. Davon werden auch Zinsen und Wechselkurs der D-Mark und mögliche Reaktionen der Geldpolitik abhängen, die einige der im folgenden getroffenen Annahmen obsolet machen könnten.

Annahmen der Prognose

Der Prognose liegen wie immer eine Reihe von Annahmen zugrunde, die größtenteils Ergebnis prognostischer Überlegungen, in wenigen Fällen bloße Setzungen sind. Im einzelnen ist angenommen worden:

- Die Konjunktur in den Handelspartnerländern schwächt sich nicht weiter ab und beginnt sich im späteren Verlauf des Jahres wieder zu beleben.
- Der Ölpreis (durchschnittlicher Einfuhrpreis der Industrieländer) beträgt etwa 18 Dollar je Barrel. Das Weltmarktpreisniveau der Industrierohstoffe auf Dollarbasis sinkt nur noch wenig und erhöht sich im zweiten Halbjahr etwas.
- Die Nachfrage aus Ostdeutschland nimmt, gestützt auf wachsende Transferzahlungen, von hohem Niveau aus weiter zu, wenn auch langsamer als in der ersten Zeit nach Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion.
- Die weiteren Tarifabschlüsse in der diesjährigen Lohnrunde betragen 6 bis 7 vH.
- Die Geldpolitik setzt den Versuch einer Potentialorientierung fort. Bremsmanöver werden nicht vorgenommen.
- In der Finanzpolitik werden keine neuen Maßnahmen von Bedeutung ergriffen.
- Das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt und der reale Außenwert der D-Mark verändern sich nicht nennenswert.

Vorerst noch außenwirtschaftliche Dämpfung

Von den außenwirtschaftlichen Beziehungen werden zunächst noch dämpfende Einflüsse auf die wirtschaft-

Eckdaten der Prognose für Westdeutschland

	Absolute Werte			Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr		
	1989	1990	1991 ¹⁾	1989	1990	1991 ¹⁾
Bruttosozialprodukt real ²⁾ (Mrd. DM)	2 046,8	2 138,7	2 193,5	3,8	4,5	2,5
Inlandsnachfrage real ²⁾ (Mrd. DM)	1 983,7	2 084,5	2 145,5	2,7	5,1	3,0
Gesamtnachfrage real ^{2),3)} (Mrd. DM)	2 749,7	2 924,7	3 063,0	4,9	6,4	4,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (im Inland, 1 000 Personen)	24 651	25 445	26 170	1,6	3,2	3,0
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 038	1 883	1 680	−9,1	−7,6	−10,8
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (vH)	7,8	7,0	6,1	—	—	—
Verbraucherpreise ⁵⁾ (1985 = 100)	104,6	107,2	110,8	3,0	2,5	3,5

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) In Preisen von 1985. — 3) Inlandsnachfrage und Ausfuhr. — 4) Bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose). — 5) Preisniveau des privaten Verbrauchs.

liche Entwicklung Westdeutschlands ausgehen. Die Bedingungen für den Export ins Ausland — also unter Ausschluß Ostdeutschlands — werden im weiteren Verlauf dieses Jahres wenig verändert sein. Zwar haben sich die Konjunkturperspektiven nach dem Ende des Golfkrieges und dem Rückgang des Ölpreises weltweit etwas aufgehellt. Auch sind sicherlich von der Beseitigung der Kriegsfolgen am Golf einige Impulse für die deutsche Ausfuhr zu erwarten. In den besonders wichtigen europäischen Abnehmerländern wird der Konjunkturanstieg aber vorerst sehr moderat sein. Wenig günstig erscheinen die Aussichten im Handel mit den Staatshandelsländern und mit den Entwicklungsländern. In vielen Entwicklungsländern wird die schwache Weltkonjunktur die Importfähigkeit zunächst noch beeinträchtigen, und in den Staatshandelsländern werden der Mangel an Devisen und die mit dem Abbau der Außenhandelsmonopole einhergehenden Friktionen vorerst ebenfalls dämpfend wirken.

Die internationale Wettbewerbsposition der westdeutschen Wirtschaft dürfte sich dagegen eher etwas verbessern. Mit dem Wiederanstieg des Dollarkurses ist die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum günstiger geworden, und im EWS ist bei einem Festhalten an den bisherigen Leitkursen eine leichte reale Abwertung der D-Mark zu erwarten.

Alles in allem dürfte unter diesen Bedingungen die Stagnation der westdeutschen Ausfuhr zunächst noch anhalten; frühestens gegen Ende des Jahres ist mit einem allmählichen Wiederanstieg zu rechnen, der sich bei einer deutlicheren Belebung der Konjunktur in den Industrieländern im nächsten Jahr verstärken dürfte.

Weiterhin Boom bei den Lieferungen nach Ostdeutschland

Anders als die Lieferungen ins Ausland nehmen diejenigen nach Ostdeutschland — in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Westdeutschlands zählen sie zum Export — im Vergleich zum Vorjahr kräftig zu. Auch die Direktkäufe ostdeutscher Bürger in Westdeutschland steigen deutlich. Die Struktur der Lieferungen nach Ostdeutschland unterscheidet sich beträchtlich von der des eigentlichen Exports. Wegen des Nachholbedarfs der ostdeutschen Bevölkerung dominieren bisher Verbrauchsgüter, während im Auslandsgeschäft Investitionsgüter ein erheblich größeres Gewicht haben. Daher bietet das Ostdeutschland-Geschäft für viele Unternehmen keinen Ausgleich für die Schwäche im Auslandsgeschäft. Mit steigender Investitionstätigkeit in Ostdeutschland wird sich das Gewicht aber allmählich verlagern. Vorerst werden bei den Investitionen in der ehemaligen DDR wegen fehlender gleichwertiger Produkte eigener Herstellung vorrangig Güter westlicher Herkunft eingesetzt werden. Wegen der stark wachsenden Lieferungen nach Ostdeutschland wird der Export in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahr 1991 um 9 vH steigen; in der Abgrenzung des Spezialhandels, der die Lieferungen nach Ostdeutschland nicht enthält, nimmt er dagegen nur um 1 vH zu.

Weiterhin beachtliche Investitionsdynamik

Die Investitionsbedingungen sind wegen schwacher Auslandsnachfrage, hoher Zinsen und eines begin-

nenden Drucks auf die bisher hohen Gewinne zwar nicht mehr so ausgesprochen günstig wie in den letzten Jahren. Dennoch kann erwartet werden, daß sich der Investitionsboom lediglich abflacht und die Investitionsdynamik jedenfalls in diesem Jahr noch beachtlich stark bleibt. Dafür sprechen mehrere Argumente:

- Auch wenn die Produktion nun langsamer als bisher zunehmen wird, bleibt die Kapazitätsauslastung außerordentlich hoch. Erweiterungsinvestitionen sind daher nach wie vor dringlich.
- Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stieg bis zuletzt kräftig; zwar ist die Auslandsnachfrage rückläufig, doch stehen dem die kräftigen Nachfrageimpulse aus den neuen Bundesländern gegenüber.
- Die Gewinnaussichten der Unternehmen sind weiterhin gut, auch wenn der Anstieg der Lohnkosten die Zunahme der Erträge stark bremst.

Unter diesen Bedingungen erhöhte sich der inländische Auftragseingang im Investitionsgütergewerbe (ohne Fahrzeugbau) bis zuletzt deutlich. Schon die abgeschwächte Auslandskonjunktur wird aber sicherlich nicht ohne Wirkung auf die Investitionen bleiben. Im Durchschnitt des Jahres 1991 ist mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen von 8 vH nach 13 vH im Vorjahr zu rechnen. Auch bei den gewerblichen Bauinvestitionen wird der Anstieg langsamer als im vergangenen Jahr. Investitionen westdeutscher Unternehmen in Westdeutschland dürften im allgemeinen nicht zugunsten von Investitionen in Ostdeutschland eingeschränkt werden, denn diese sind nach wie vor überwiegend vertriebsorientiert. Außerdem erfordern die zusätzlichen Märkte auch zusätzliche Produktionskapazitäten.

Abschwächung des Anstiegs von Baunachfrage und Bauproduktion

Ausgeprägter als bei den Ausrüstungs- und den gewerblichen Bauinvestitionen wird die Verlangsamung im Wohnungsbau sein, denn hier wirken sich die hohen Zinsen stärker aus. Im Einfamilienhausbau setzt sich, auch wegen der beschleunigten Baupreissteigerungen, der Rückgang der Nachfrage fort, und im Geschoßwohnungsbau ist mit einer Dämpfung des Nachfrageanstiegs zu rechnen. Hier werden aber die wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen ein gewisses Gegengewicht bilden. Insgesamt dürften die realen Wohnungsbauinvestitionen 1991 jedoch noch deutlich über dem Niveau vom Vorjahr liegen. Wegen des hohen Bauüberhangs zu Beginn dieses Jahres kann mit einer weit größeren Zahl von Fertigstellungen gerechnet werden als im Vorjahr (etwa 300 000 nach 260 000).

Im öffentlichen Bau wird sich der Rückgang der Bautätigkeit fortsetzen. Wegen der hohen finanziellen Belastungen durch die Vereinigung werden Bund und Länder ihre Bauinvestitionen in den alten Bundesländern dra-

stisch kürzen. Auch die Gemeinden dürften sich zu Kürzungen gezwungen sehen, da Abstriche bei den Investitionszuweisungen der Länder zu erwarten sind. Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen 1991 das Vorjahresniveau um etwa 3 vH übertreffen. Dabei dürfte der Preisauftrieb mit 7 vH noch etwas stärker als im Vorjahr sein.

Privater Verbrauch durch fiskalische Maßnahmen gedämpft

Die bisher schwungvolle Verbrauchskonjunktur wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres abkühlen. Zwar sind die Tarifabschlüsse der gegenwärtigen Lohnrunde deutlich höher als die der vorjährigen. Das Arbeitsvolumen wird aber weniger als bisher zunehmen, und die Nettoeinkommen werden durch die nun wieder greifende Steuerprogression, die erhöhten Sozialabgaben und den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer geschmälert. Für dieses Jahr ist nur noch ein Anstieg der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 5 vH nach reichlich 10 vH im Vorjahr zu erwarten. In der gleichen Größenordnung werden voraussichtlich die Transfereinkommen zunehmen. Alles in allem kann ein Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 5 1/2 nach 8 vH im Vorjahr erwartet werden. Weit weniger werden die Realeinkommen steigen, da sich der Preisauftrieb nicht zuletzt infolge der Anhebung indirekter Steuern deutlich beschleunigen wird.

Auf die zusätzliche Belastung mit Steuern und Sozialabgaben werden die privaten Haushalte voraussichtlich mit einer Einschränkung ihrer Spartätigkeit reagieren, zumal der Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer befristet ist. Hier wird angenommen, daß die Sparquote 1991 mit 12,5 vH um einen Prozentpunkt unter der des Vorjahres liegen und damit den Dämpfungseffekt der Abgabenerhöhung mildern wird. Alles in allem zeichnet sich für den realen privaten Verbrauch ein Anstieg von nur noch 2 1/2 vH nach 4 1/2 vH im Vorjahr ab.

Verbraucherpreise steigen beschleunigt

In den kommenden Monaten wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise verstärken. Anstöße dazu gehen von den kräftigeren Tariflohnhebungen und von der Erhöhung indirekter Steuern aus. Eine Überwälzung auf die Verbraucherpreise wird in vielen Fällen möglich sein, da Einkommen und Nachfrage noch deutlich zunehmen. Namentlich bei den Preisen für Dienstleistungen wird sich der Anstieg der Lohnkosten merklich auswirken; im Jahresdurchschnitt werden die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten 1991 um 4 1/2 bis 5 vH höher sein als im Vorjahr, als sie um 2,5 vH zugenommen hatten. Bei den Wohnungsmieten verstärkt die Verknappung von Wohnraum den Auftrieb.

Für sich genommen würden diese Markteinflüsse wohl dazu führen, daß die Preise für die Lebenshaltung 1991 das Vorjahresniveau um etwa 3 vH überschreiten. Hinzu kommen nun jedoch die Anhebung von Telefongebühren Anfang April und der Versicherungsteuer, der Kfz-Steuer und der Steuer auf Benzin, Heizöl und Gas Anfang Juli. All dies treibt den Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte um fast einen Prozentpunkt nach oben. Die Preise für die Lebenshaltung werden im Jahresdurchschnitt um fast 3 1/2 und am Jahresende um fast 4 vH über dem vorjährigen Niveau liegen.

Erstmals wieder leicht sinkende Auslastung

Die konjunkturelle Expansion wird sich im weiteren Verlauf des Jahres zwar fortsetzen, aber deutlich an Schwung verlieren. Das Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion, das in den vergangenen beiden Jahren reichlich 4 vH p.a. betrug, wird voraussichtlich auf unter 2 vH zurückfallen; im Jahresdurchschnitt dürfte das Bruttoinlandsprodukt das Vorjahresergebnis wegen des hohen Überhangs vom Jahresanfang noch um knapp 3 vH übertreffen. Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten wird im Jahresverlauf erstmals seit mehreren Jahren wieder ein wenig sinken.

Die Schwäche der Auslandsnachfrage trifft in erster Linie die Industrie. Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes wird im Verlauf des Jahres stagnieren. Im Jahresdurchschnitt kann allenfalls mit einer Steigerungsrate von 3 vH nach reichlich 5 vH im Vorjahr gerechnet werden. Die Bautätigkeit wird etwas stärker als die Industrieproduktion zunehmen. Überdurchschnittlich werden die privaten Dienstleistungen zur Produktionszunahme beitragen.

Weiter kräftiger Anstieg der Importe

Die Nachfrage Westdeutschlands nach ausländischen Produkten nimmt wohl auch künftig erheblich zu. Zwar wird sich das Nachlassen des Konjunkturanstiegs dämpfend auswirken, doch von der Nachfrage aus den neuen Bundesländern gehen weiterhin starke Impulse auf die Einfuhr aus, zumal die Auslastung der westdeutschen Produktionskapazität immer noch hoch bleiben wird. Unter diesen Bedingungen ist ein kräftiger Anstieg der Einfuhr zu erwarten. Etwa die Hälfte der Mehrimporte dürfte dabei direkt oder indirekt auf den Nachfragesog aus Ostdeutschland zurückgehen. Von diesen Impulsen werden erneut vor allem die EG-Länder, Japan und die fernöstlichen Schwellenländer profitieren.

Etwas verlangsamter Beschäftigungsanstieg

Die bisher so überaus kräftige Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften wird im weiteren Verlauf dieses Jahres gedämpft werden, aber nicht so stark wie der An-

stieg der Produktion. Diese Einschätzung wird gestützt aus der Erfahrung in den Spätphasen des Aufschwungs, in denen die Produktion mit der für diese Phasen typischen Verlagerung der Expansion auf die Dienstleistungsbereiche beschäftigungsintensiver wird. In den letzten Jahren waren darüber hinaus geeignete Arbeitskräfte ständig knapp; die Unternehmen dürften deshalb Vakanzen auch in einer Zeit ruhigerer Konjunktur auffüllen. Beides führt zunächst zu einem Nachlassen des Produktivitätsanstieges. Die Arbeitszeit wird weniger zurückgehen als im Vorjahr. Unter Berücksichtigung aller dieser Einflüsse dürfte die Zahl der Erwerbstätigen auch im Verlauf dieses Jahres noch relativ stark zunehmen.

Andererseits wächst auch das Erwerbspersonenpotential erheblich durch die große Zahl von Aussiedlern — viele von ihnen suchen in diesem Jahr erstmals Arbeit — und von Übersiedlern und Pendlern aus Ostdeutschland. Für die Zahl der Pendler wird hier eine Verdoppelung im Verlauf des Jahres angenommen. Die Zahl der Arbeitslosen wird unter diesen Annahmen wohl bald nicht mehr sinken und in der zweiten Jahreshälfte sogar wieder steigen. Im Jahresdurchschnitt werden wegen des niedrigen Ausgangsstandes am Jahresanfang mit knapp 1,7 Mill. dennoch etwa 200 000 weniger Arbeitslose registriert sein als 1990. Die Arbeitslosenquote würde dann, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Westdeutschland, bei 5,5 vH liegen.

Vereinigung führt zu starkem Anstieg des Staatsdefizits

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland stehen auch 1991 ganz im Zeichen des Einigungsprozesses. Sie sind einerseits von den umfangreichen Finanzhilfen zur Steigerung der Wirtschaftskraft und zur sozialen Absicherung der Umstrukturierung in Ostdeutschland geprägt, andererseits von Konsolidierungsbestrebungen. Zur Begrenzung der Neuverschuldung sollen neben der Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung die Steuern erhöht und die Subventionen gekürzt werden.

Der Anstieg der Staatsausgaben (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in Westdeutschland dürfte sich in diesem Jahr trotz der geplanten Einsparungen weiter beschleunigen und 12 vH erreichen, nach 10 vH in 1990. Ausschlaggebend hierfür sind die höheren Leistungen für Ostdeutschland, insbesondere für die Erweiterung und Modernisierung der Infrastruktur, die Förderung der privaten Investitionen, die Subventionen an die ostdeutsche Wirtschaft und den Defizitausgleich der Sozialversicherungen.

Die ostdeutschen Länder und Gemeinden erhalten aus Westdeutschland in diesem Jahr finanzielle Leistungen in Höhe von etwa 60 Mrd. DM und die ostdeutschen Sozialversicherungsträger von knapp 40 Mrd. DM. Im letzten Jahr hatten die staatlichen Leistungen insgesamt 45 Mrd. DM betragen.

Die Aufwendungen für den westdeutschen Staatsverbrauch werden — trotz der Kürzung der Verteidigungsausgaben — um 6 1/2 vH zunehmen; dazu trägt insbesondere bei, daß die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst mit fast 7 vH (einschließlich Zulagen) deutlich höher ausgefallen sind als im Vorjahr mit knapp 4 vH (einschließlich struktureller Verbesserungen).

Finanzhilfen an Ostdeutschland
Mrd. DM

	1990	1991
Finanzhilfen von westdeutschen Gebietskörperschaften	45,0	74,5
— Fonds „Deutsche Einheit“	22,0	35,0
— Devisenfonds, Transitpauschale	2,6	—
— Sofortmaßnahmen	1,1	—
— Umsatzsteuerausgleich	1,3	7,0
— Zuschuß zum DDR-Haushalt	10,0	—
— Verzicht des Bundes auf den Anteil am Fonds „Deutsche Einheit“	—	5,0
— Gemeinschaftswerk „Aufschwung-Ost“	—	12,0
— Defizitausgleich der Rentenversicherung	3,1	5,0
— Defizitausgleich der Krankenversicherung	2,9	1,0
— Defizitausgleich der Arbeitslosenversicherung	2,0	9,5
Zuschuß der westdeutschen an die ostdeutsche Arbeitslosenversicherung	—	23,0
Finanzhilfen insgesamt	45,0	97,5

Die öffentlichen Investitionen in Westdeutschland werden abgeschwächt zunehmen, zumal der Bund ursprünglich geplante Ausgaben zugunsten von Investitionen in den neuen Bundesländern gekürzt hat.

Die westdeutschen Sozialleistungen dagegen werden beschleunigt steigen. So werden die Renten zum 1. Juli 1991 unter Berücksichtigung der Senkung des Krankenversicherungsbeitrages um 5,1 vH angehoben (1990: 3,2 vH). Zudem werden höhere Kindererziehungsleistungen gezahlt und Kindererziehungszeiten mehr als zuvor bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Auch das Wohngeld, das Erziehungsgeld und das Kindergeld werden erhöht.

Der Bundeshaushalt wird in diesem Jahr infolge der vielfältigen Hilfszusagen an die Sowjetunion sowie der Beteiligung an den Kosten des Golfkrieges zusätzlich belastet. Die Mehrausgaben für die Hilfe an die Sowjetunion (insbesondere Stationierungskosten, Wohnungsbau für die zurückkehrenden Soldaten, Zinssubventionen) belaufen sich 1991 und in den Jahren bis 1994 auf jeweils

3 1/4 Mrd. DM; darüber hinaus wird der Bund infolge übernommener Bürgschaften und Garantien für Exporte in die Sowjetunion vermutlich schon 1991 in Anspruch genommen werden. Zur Finanzierung der militärischen Operationen am Persischen Golf werden 1991 insgesamt 11 1/2 Mrd. DM gezahlt. Hinzu kommt die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen für stornierte Verträge zwischen deutschen Unternehmen und dem Irak; hierfür dürften Ausgaben von reichlich 2 Mrd. DM anfallen. Auch die Subventionen werden deutlich zunehmen.

Die Einnahmen des Staates in Westdeutschland werden, nach der abgeschwächten Zunahme im Vorjahr, mit 10 vH wieder kräftig expandieren. Insbesondere das Steueraufkommen wird mit 11 vH erheblich stärker als 1990 zunehmen; maßgeblich für diesen kräftigen Anstieg sind die nach der Steuersenkung im letzten Jahr wieder voll greifende Progression des Einkommensteuertarifs und die Steuererhöhung zur Jahresmitte. Die Einführung des Solidaritätszuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer dürfte bei der Lohnsteuer zu Mehreinnahmen von 8 Mrd. DM und bei den veranlagten direkten Steuern zu einem Plus von 3,5 Mrd. DM führen; die Anhebung von Mineralölsteuer, Versicherungssteuer und Kfz-Steuer für Diesel-PKW dürfte reichlich 6 Mrd. DM erbringen. Auch das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung wird 1991 — bei verlangsamer Ausweitung der Beschäftigung und beschleunigt steigenden Effektivlöhnen — mit 9 1/2 vH verstärkt zunehmen. Ausschlaggebend hierfür ist die Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozentpunkte zum 1. April 1991 bei gleichzeitiger Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 1 Prozentpunkt. Per Saldo dürften die Beitragseinnahmen zusammen hierdurch um 11 Mrd. DM steigen.

Die Vermögenseinkommen und die sonstigen Einnahmen des Staates werden leicht zunehmen, insbesondere weil die Ablieferung der Bundespost an den Bundeshaushalt um 2 Mrd. DM erhöht werden soll. Die Gewinnablieferung der Bundesbank fällt mit 8 Mrd. DM geringer aus als im Vorjahr (10 Mrd. DM).

In Ostdeutschland vollzieht sich der Umbruch im staatlichen Bereich rasch: Viele Institutionen werden aufgelöst, andere befinden sich im Neuaufbau; nur die kommunale Ebene ist weitgehend erhalten geblieben. Welche Auswirkungen all dies für die öffentlichen Haushalte hat, läßt sich nur grob abschätzen. So sind bislang genaue Zahlen über die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst nicht verfügbar. Im Staatsapparat der ehemaligen DDR waren, relativ gesehen, erheblich mehr Arbeitskräfte beschäftigt als beim Staat in Westdeutschland. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, daß der Personalstand reduziert wird und sich am Jahresende auf 1,1 Mill. Personen beläuft. Die Personalausgaben im staatlichen Bereich schlagen mit reichlich 36 Mrd. DM zu Buche, davon entfallen rund 5 Mrd. DM auf Mittel im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Sachausgaben bei Sozial-

versicherungsträgern und Gebietskörperschaften werden auf zusammen 37 Mrd. DM veranschlagt. Insgesamt würden dann je Einwohner 5 000 DM staatliche Verbrauchsausgaben anfallen, im Westen sind es 7 600 DM.

Die öffentlichen Investitionsausgaben in Ostdeutschland dürften sich auf 14 Mrd. DM, also 900 DM je Einwohner, belaufen; sie wären damit pro Kopf gerechnet fast so hoch wie in Westdeutschland. Die Verwirklichung eines höheren Investitionsvolumens, das vom Bedarf her sicherlich gerechtfertigt wäre, scheitert vorerst weniger an den fehlenden Finanzmitteln als vielmehr an der fehlenden Projektplanung und der begrenzten Funktionsfähigkeit der Verwaltungen.

Besonders unsicher ist die Höhe des Subventionsvolumens in Ostdeutschland. In dieser Rechnung ist ein Betrag von 40 Mrd. DM unterstellt; je Einwohner sind dies 2 500 DM. Ins Gewicht fallen dürften insbesondere die Zahlungen für die Wohnungsnutzung, den Verkehrssektor und die Landwirtschaft. Für Vermögensübertragungen sind insgesamt 10 Mrd. DM angesetzt; dazu zählen auch die Investitionszuschüsse an Unternehmen (z.B. Deutsche Reichsbahn) sowie die Aufwendungen für die Investitionszulagen.

Die wichtigste Einnahmequelle der ostdeutschen Gebietskörperschaften ist der Fonds „Deutsche Einheit“. Nachdem der Bund auf seinen Anteil für die zentralstaatlichen Ausgaben im Osten verzichtet hat, stehen den ostdeutschen Ländern und Gemeinden in diesem Jahr 35 Mrd. DM zur Verfügung. Dies sind 2 200 DM je Einwohner.

Die Steuern machen im Osten nur einen geringen Teil der Staatseinnahmen aus. Während die westdeutschen Länder und Gemeinden über Steuern von 4 500 DM je Einwohner verfügen können, sind es in Ostdeutschland lediglich 1 200 DM. Obwohl die Pro-Kopf-Einkommen der Beschäftigten in Ostdeutschland in diesem Jahr kräftig steigen, werden sich die Einnahmen aus der Lohnsteuer wegen des Rückgangs der Beschäftigung nur wenig erhöhen. Die ertragsabhängigen Steuern — Gewinnsteuern und Gewerbesteuer — haben zunächst nur geringe Bedeutung.

Trotz der Konsolidierungsbemühungen wird sich das gesamte Staatsdefizit für die Bundesrepublik Deutschland — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — von 82 Mrd. DM auf knapp 115 Mrd. DM bzw. 4 vH des Bruttosozialprodukts erhöhen. Dabei dürfte sich der Budgetüberschuß der westdeutschen Sozialversicherung von 20 Mrd. DM auf 13 Mrd. DM verringern, während die Fehlbeträge der westdeutschen Gebietskörperschaften von 71,5 Mrd. DM auf 92 Mrd. DM, und die der ostdeutschen auf etwa 35 Mrd. DM zunehmen. In finanzstatistischer Abgrenzung wird sich das Defizit aller Gebietskörperschaften — einschließlich des Fonds „Deutsche Einheit“ und des ERP-Sondervermögens, aber ohne Kreditaufnahme der Treuhandanstalt — auf über 140 Mrd. DM oder etwa 5 vH des Bruttosozialpro-

dukts belaufen. Diese Schätzung ist freilich mit erheblicher Unsicherheit behaftet: Die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung in Ostdeutschland läßt sich nicht verläßlich prognostizieren, und es ist ungewiß, wie die Politik auf die weitere Entwicklung in Ostdeutschland reagiert.

Eine gesamtdeutsche Bilanz

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland bleibt gespalten. In Westdeutschland schwächt sich das konjunkturelle Expansionsstempo im Verlaufe des Jahres 1991 deutlich ab, vor allem weil der private Verbrauch an Schwung verlieren wird. Dagegen bleibt die Zunahme der Investitionen lebhaft, wenn auch die Dynamik des zurückliegenden Jahres nicht erreicht wird. Die Ausfuhr dürfte frühestens gegen Jahresende mit der allmählichen Belebung der Konjunktur im Ausland etwas an Fahrt gewinnen. In Ostdeutschland wird sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zunächst weiter fortsetzen. Nach und nach werden jedoch die umfangreichen Mittel, die für private und öffentliche Investitionen bereitgestellt worden sind, produktionswirksam; in der Bauwirtschaft werden die Aufwärtstendenzen noch in der ersten Hälfte des Jahres sichtbar werden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte dann in der zweiten Jahreshälfte langsam steigen. Gegenüber dem Vorjahr wird das Bruttoinlandsprodukt wegen des gedrückten Niveaus am Jahresbeginn im Jahresdurchschnitt 1991 aber um ein Fünftel niedriger sein.

Im kommenden Jahr wird in Ostdeutschland die Produktion spürbar anziehen, weil die staatlichen Programme verstärkt greifen, in neu errichteten Unternehmen die Fertigung in merklichem Umfang anläuft und in vielen privatisierten Betrieben die Sanierungskonzepte umgesetzt sind. Die Erholung wird jedoch auf einem sehr niedrigen Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion einsetzen. Deshalb ist ein sehr kräftiger Wachstumsprozeß über viele Jahre erforderlich, damit Ostdeutschland wirtschaftlich ähnlich leistungsfähig wie Westdeutschland wird. Hierbei muß es letztlich um einen sich selbst tragenden Prozeß gehen, der auf Dauer ohne staatliche Anstöße auskommt. Noch fehlen dafür aber wichtige Voraussetzungen.

Die Arbeitslosigkeit dürfte bis weit in das Jahr 1992 hinein zunehmen, weil der Rationalisierungsbedarf bei den Betrieben groß ist, in vielen Fällen Kurzarbeit in die Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen mündet und die neu errichteten Betriebe zunächst nur vergleichsweise wenige Arbeitsplätze bieten. Nach und nach wird allerdings der Dienstleistungssektor an Breite und Tiefe gewinnen und in zunehmendem Maße Arbeitskräfte absorbieren.

Mit der Belebung der ostdeutschen Wirtschaft sind neue Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland zu erwarten. Das Schwergewicht der Nach-

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1990	1991 ¹⁾	1990	1991 ¹⁾	1990	1991 ¹⁾
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾ (1 000 Personen)	25 445	26 170	8 605	6 580	34 050	32 750
Arbeitslose (1 000 Personen)	1 883	1 680	240	1 200	2 123	2 880
Kurzarbeiter (1 000 Personen)	55	100	775	1 800	830	1 900
Finanzierungssaldo Staat ³⁾ (Mrd. DM)	—51	—79	—31	—34	—82	—114
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾ (Mrd. DM)	—	—	—	—	72	—5

1) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 2) Im Inland. — 3) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 4) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

frage wird sich vom Konsumgüterbereich und den Dienstleistungen auf den Investitionsgütersektor verlagern. Zudem wird mit der erwarteten Belebung der Weltkonjunktur auch der Export wieder deutlich zunehmen, und dämpfende Effekte der Geldpolitik und der Steuererhöhungen dieses Jahres auf die internen Kräfte klingen ab. Alles in allem dürfte die westdeutsche Konjunktur im Verlaufe des kommenden Jahres wieder deutlicher aufwärts gerichtet sein.

Im Zuge der verstärkten Ressourcenabsorption durch die neuen Bundesländer nach der Vereinigung hat sich ein drastischer Umschwung in der deutschen Leistungsbilanz ergeben. Die gesamtdeutsche Bilanz dürfte, nach einem Überschuß von reichlich 70 Mrd. DM im zurückliegenden Jahr, im laufenden Jahr ein leichtes Defizit aufweisen; im kommenden Jahr dürfte es einen ähnlichen Umfang aufweisen. Durch den Umschwung in der Leistungsbilanz hat die deutsche Wirtschaft der Konjunktur im Ausland beträchtliche Impulse vermittelt. Die vermehrte Ressourcenbeanspruchung durch die neuen Bundesländer war bisher vor allem auf konsumtive Zwecke gerichtet. Sie muß nun verstärkt durch den Aufbau von Sachkapital begründet werden, damit Besorgnisse nicht um sich greifen, die der Umschwung in der Leistungsbilanz unter den bisherigen Bedingungen hervorgerufen haben mag.

Zur Wirtschaftspolitik in Deutschland

Schwierige Ausgangssituation

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist zu Beginn des Jahres 1991 schwierig. Nach einem langen Aufschwung schwächt sich das Wachstum in Westdeutschland merklich ab. Ostdeutschland befindet sich noch mitten in der Anpassungskrise. Der zyklisch bedingte Preisauftrieb hat sich im Sog der Nachfrage und unter dem Druck der Lohnkosten verstärkt. Hinzu kommen Son-

derfaktoren, wie die Anhebung administrierter Preise und die Effekte von Steuererhöhungen. In Westdeutschland geht der Boom am Arbeitsmarkt zu Ende, und die Arbeitslosigkeit sinkt nicht mehr. In Ostdeutschland ist der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit noch nicht erreicht. Die außenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik kehrt sich um. Nach einem Überschuß von 107 Mrd. DM in der deutschen Handelsbilanz im Jahre 1990 wird der Überschuß in diesem Jahr wohl nur noch rund 40 Mrd. DM betragen. Die Leistungsbilanz wird mit einem geringen Defizit abschließen.

Kompliziert wird die Lage vor allem dadurch, daß Deutschland zwei wirtschaftliche Welten in sich vereint. Hier eine hochmoderne wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit hoher Auslastung der Kapazitäten von Arbeit und Kapital, dort eine daniederliegende Wirtschaft, die dem Anpassungsdruck offener Märkte nicht gewachsen ist. Therapien, die für einen Teil des Landes angemessen sind, können im anderen wirkungslos oder gar kontraproduktiv sein.

Bewältigen lassen sich die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Regionen Deutschlands und ihre Integration in die Weltwirtschaft nicht, wenn alle Beteiligten die Verantwortung immer wieder dem Staat zuschieben. Gerade die Abkehr von der Staatswirtschaft war es, die versprach, die Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern denen der alten rasch anzunähern.

Der internationale Aspekt

Die Bundesrepublik Deutschland hat als Folge der Einheit die Rolle einer Lokomotive der Weltkonjunktur übernommen, wie dies häufig verlangt worden war. Daß die deutsche Vereinigung mit der Abschwächung der Weltkonjunktur zusammentraf, ist zwar ein glücklicher, aber nur ein zufälliger Umstand. Jedenfalls sind die Folgen für die Außenhandelsposition der Bundesrepublik erheblich.

Der Umschwung in der deutschen Handelsbilanz bedeutet für die Partnerländer ohne Zweifel, daß sie große Impulse zur Stabilisierung der Nachfrage erhalten. Kritik an der verstärkten Kapitalabsorption durch Deutschland, die die Zinsen höher halte, als es sonst der Fall wäre, ist unverständlich. Man mag im einzelnen die Geldpolitik kritisieren, zu einer verstärkten Ressourcenabsorption gehört als Gegenstück aber die vermehrte Absorption von Kapital.

Es ist wichtig, daß die deutsche Wirtschaftspolitik den Umschwung in der Leistungsbilanz als unumgängliche Begleiterscheinung des Prozesses der Integration der beiden Teile Deutschlands hinnimmt. Der Umschwung bedeutet einen Rückgriff auf ausländisches Angebot an Gütern und Kapital für den Aufbau in Ostdeutschland und erlaubt, sonst drohende interne Anspannungen zu verringern. Der Umschwung der Leistungsbilanz zeigt keineswegs eine Wettbewerbsschwäche der westdeutschen Wirtschaft an, sondern er ist Ausdruck der Entkoppelung von Einkommens- und Produktionsentwicklung und damit der Wettbewerbsschwäche in Ostdeutschland. Diese aber kann nur durch die massive Einfuhr von Kapital beseitigt werden. Eine restriktive Geldpolitik zur Bekämpfung eines Leistungsbilanzdefizits könnte — um den Preis einer starken Abkühlung der Konjunktur — nur die sichtbaren Symptome beseitigen und würde die mittelfristige Genesung der ostdeutschen Wirtschaft erheblich erschweren.

Die Bundesrepublik kann sich allerdings die Entkoppelung von Einkommens- und Produktionsentwicklung in einer großen Region nur vorübergehend leisten, ohne das internationale Vertrauen in ihre Fähigkeit, die Probleme letztlich zu meistern, zu verlieren. Über die Dauer der Entkoppelung entscheidet nicht zuletzt auch die Entwicklung von Kostenniveau und Produktivität in Ostdeutschland. Wenn es dort nicht gelingt, das Kostenniveau dem der internationalen Konkurrenz anzupassen, kann es der staatlichen Wirtschaftspolitik auch nicht gelingen, internationales Vertrauen und damit die Bereitschaft zu erhalten, in Deutschland Kapital zu einem Zins anzulegen, der nicht viel höher als in anderen Ländern ist.

Internationales Mißtrauen in die Fähigkeit der Bundesrepublik, die Probleme in überschaubaren Zeiträumen zu bewältigen, wäre eine schwere Hypothek für den Anpassungsprozeß. Ein permanenter Druck auf die D-Mark an den internationalen Devisenmärkten verminderte nicht nur die Spielräume für Realeinkommenssteigerungen, weil er Importgüter verteuerte, sondern brächte auch die Gefahr sich selbst verstärkender Abwertungsprozesse mit sich, die nur durch kräftige Zinserhöhungen gestoppt werden können.

Lohnpolitik in Ost und West

Die Lohnpolitik in Ostdeutschland kann das Überleben der Betriebe nicht sichern, sondern den Übergangspro-

zeß nur abmildern. Das war die Position der Institute bereits im Frühjahr 1990. Im Herbst vergangenen Jahres war konzidiert worden, daß angesichts der hohen Mobilität von Arbeit eine reine Produktivitätsorientierung schwer durchzuhalten ist. Gleichzeitig wurde allerdings gemahnt, angesichts einer Erhöhung der Tariflöhne um 25 vH im Jahre 1990 und rückläufiger Produktivität im Jahre 1991 nicht auf diesem Wege voranzugehen, sondern eine Verbesserung der Kostensituation der Betriebe zu ermöglichen.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Situation durch den Zusammenbruch des Osthandels weiter dramatisch verschlechtert, aber eine lohnpolitische Kehrtwendung hat dennoch nicht stattgefunden; vielmehr scheinen alle Dämme gebrochen zu sein. Nach heutigem Stand werden die Tariflöhne in diesem Jahr um mehr als die Hälfte über dem Niveau vom Vorjahr liegen. Ob überhaupt und um wieviel die Produktivität der Betriebe durch die Freisetzung von Arbeitskräften steigt, ist ungewiß. Zudem gibt es erste Vereinbarungen, wonach das westdeutsche Lohnniveau bis 1994 erreicht werden soll. Die Lösung der daraus resultierenden Probleme wird offenbar an den Staat verwiesen.

Es scheint, als sei den Beteiligten nicht klar, daß eine Angleichung der Löhne in einem so kurzen Zeitraum fast alle bestehenden Unternehmen in Ostdeutschland bei weitem überfordert und das Entstehen kleiner und mittlerer Unternehmen dort enorm behindert. Es ist eine Illusion zu glauben, das westliche Kapital könne und werde in einem so kurzen Zeitraum durch die Installation einer modernen Kapitalausstattung ein solches Lohnniveau erträglich machen.

Schließlich ist die immer wieder vorgebrachte Behauptung nicht haltbar, nur über eine rasche Lohnangleichung könne die Abwanderung von Arbeitskräften gestoppt werden. Da eine solche Lohnangleichung zusätzliche Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zur Folge hat, verstärkt sie zugleich den Druck zur Abwanderung in den Westen. Es gibt kein rasch wirkendes Mittel zur Eindämmung der Mobilität der Arbeitskräfte bei der gegebenen Ausgangssituation.

Ebenso ist es eine Illusion zu glauben, der Staat könne durch Lohn- oder Produktsubventionen über einen langen Zeitraum in einer ganzen Region die Arbeitsmarktbelastungen in Grenzen halten. Er wäre damit überfordert, weil die Aufrechterhaltung so hoher Transfers von West nach Ost eine nachhaltige Dämpfung der Leistungsanreize sowohl hier als auch dort zur Folge hätte. Die Wachstumsdynamik im Westen würde gebremst, in Ostdeutschland würden bei Arbeitnehmern als auch bei den Unternehmen die Anreize zum Umbau und zur Umstrukturierung der Wirtschaft vermindert. Die Gesellschaft als Ganzes kann bei dem Versuch aller Gruppen, sich auf Kosten des Staates von Anpassungsdruck freizuhalten, nur verlieren.

Es ist unumgänglich, das offensichtlich bestehende Vakuum auf der Arbeitgeberseite in Ostdeutschland zu beseitigen. Der Staat ist via Treuhandanstalt Eigentümer der weitaus meisten Unternehmen und wird letztlich für Arbeitsplatzverluste verantwortlich gemacht, hat aber auf die Tarifverhandlungen keinen Einfluß; das ist verhängnisvoll. Solange die Treuhandanstalt noch Eigentümer eines Großteils der Unternehmen ist und für deren Sanierungsfähigkeit einstehen muß, sollte es selbstverständlich sein, daß sie Unternehmensinteressen auch in den Tarifverhandlungen vertritt.

In Westdeutschland ist die diesjährige Lohnrunde weit fortgeschritten; Abschußsätze von 6 bis 7 vH sind die Regel. Die Lohnstückkosten werden damit weit stärker als in den Vorjahren ansteigen. Angesichts der sich abschwächenden Konjunktur dürfte eine volle Überwälzung dieser Kostensteigerung nicht möglich sein. Allerdings ist die Gewinnsituation so gut, daß die Investitionsneigung nicht nachhaltig beeinträchtigt werden dürfte. Es wäre jedoch eine Mißdeutung der Verhältnisse, wenn die Gewerkschaften dies als ein Signal für weitere hohe Lohnforderungen ansehen würden.

Im kommenden Jahr werden sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in vielerlei Hinsicht ändern. Die Arbeitslosigkeit — in Westdeutschland seit drei Jahren rückläufig — nimmt bei beschleunigt steigendem Angebot durch Pendler und „Übersiedler“ aus Ostdeutschland wieder zu. Der Preisauftrieb wird deutlich stärker sein, vor allem wegen der Steuererhöhungseffekte und der gestiegenen Lohnstückkosten. Der Produktivitätsanstieg wird auch im kommenden Jahr relativ niedrig sein. Nimmt man alles zusammen, kann die Schlußfolgerung nur lauten, daß die Lohnabschlüsse dieses Jahres die des kommenden Jahres auf keinen Fall präjudizieren dürfen. Insbesondere wäre es fatal, wenn die Inflationsrate, die Anfang 1992 erreicht sein wird, in die Lohnerrhöhungen des nächsten Jahres eingehen würde. Weder höhere Steuern noch eine höhere Preissteigerung aufgrund der Lohnabschlüsse in diesem Jahr dürfen zum Anlaß für eine Fortschreibung der diesjährigen Lohnrunde genommen werden. Auch eine unveränderte Geldpolitik würde in diesem Fall stark restriktiv wirken. Zusätzliche Arbeitslosigkeit und eine stärkere Abschwächung der Konjunktur wären nicht zu vermeiden. Nur unter der Bedingung von in diesem Sinne angemessenen Abschlüssen des nächsten Jahres sind die Ergebnisse der Lohnrunde dieses Jahres akzeptabel.

Finanzpolitik

Die Institute hatten in ihrem Herbstgutachten eine weitgehende Kapitalmarktfinanzierung der Hilfen für Ostdeutschland für sinnvoll erachtet. Ein Großteil der öffentlichen Mittel wird nun aber nicht einer wachstumsfördernden Verwendung in Ostdeutschland zugeleitet, sondern dient der Alimentierung einer raschen Anglei-

chung der Einkommen, die durch einen entsprechenden Anstieg der Produktivität nicht annähernd gerechtfertigt ist. Bei einer derartigen Entwicklung im Osten war auch von den Instituten eine Steuererhöhung für unumgänglich gehalten worden, wenn man sich nicht dazu aufraffen könnte, im Westen in größerem Umfang Subventionen zu kürzen. Die Bundesregierung hat inzwischen Steuererhöhungen beschlossen. Da die Institute sich während der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose bei der öffentlichen Anhörung im Finanzausschuß des Bundestages schon einzeln umfassend zu den Wirkungen dieses Steuerpakets geäußert haben, ist eine Würdigung an dieser Stelle nicht vorgesehen.

Angesichts der derzeitigen Finanzierungsprobleme ist eine mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen noch dringlicher geworden. Ein Defizit in der derzeitigen Höhe ist nicht lange durchzuhalten, ohne daß die Leistungsbilanz — auch bei einer baldigen Belebung der Auslandskonjunktur — tief ins Defizit gerät und das Vertrauen der internationalen Anleger erschüttert wird. Auch die Zinslastquote würde steil ansteigen und damit den finanzpolitischen Handlungsspielraum erheblich vermindern. Gerade dieser Spielraum kann aber in den kommenden Jahren angesichts der Risiken in Ostdeutschland sehr wichtig werden.

Eine Konsolidierung ist angesichts des zu erwartenden Finanzbedarfs nur möglich, wenn

- die Konjunktur im Westen gut bleibt und ein Aufschwung im Osten in voller Breite rasch in Gang kommt, oder
- es doch noch gelingt, die Ausgaben in Westdeutschland und hier insbesondere die Dauersubventionen kräftig zu kürzen oder
- die Steuern dauerhaft erhöht werden.

Die Institute haben immer wieder betont, daß die Kürzung von Subventionen der geeignete Weg ist, öffentliche Mittel freizumachen. Daß trotz Hochkonjunktur in Westdeutschland und der drängenden Probleme in Ostdeutschland hier nur geringe Erfolge zu verzeichnen sind, läßt wenig Hoffnung, daß in den kommenden Jahren dieser Einsparspielraum genutzt wird. Die derzeit diskutierte Variante einer generellen Kürzung aller staatlichen Fördermaßnahmen um 10 vH ist unter allokativen Gesichtspunkten nur eine zweit- oder drittbeste Lösung, beinhaltet sie doch im Grunde das Eingeständnis, daß sich die Politik gegen Gruppeninteressen nicht durchsetzen kann.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch einschneidende Maßnahmen in Westdeutschland wird auch nötig sein, um den Gebietskörperschaften in Ostdeutschland Perspektiven für eine ausreichende Finanzausstattung zu bieten. Vielfach wagen dort die Gemeinden noch nicht den Einstieg in größere Investitionsprojekte, weil ihnen die Finanzierung über 1991 hinaus nicht gesichert erscheint. Ein rascher Aufbau der Infra-

Marktwirtschaftliche Weichenstellungen für Ostdeutschland

struktur ist aber sicherlich eine, wenn nicht gar eine entscheidende Voraussetzung für mehr private Investitionen.

Für private Investitionen ist eine Vielzahl von Förderprogrammen geschaffen worden. Die Neigung der Wirtschaftspolitik, einer Herausforderung wie der in Ostdeutschland mit vielen verschiedenen Maßnahmen zu begegnen, mag aus politischer Sicht verständlich sein. Doch sind der Effizienz der Maßnahmen da Grenzen gesetzt, wo der Investor nur noch mit Mühe das für ihn optimale „Paket“ herausfinden kann und eine Überprüfung der Wechselwirkungen solcher Programme und ihrer Wirkungen auf die Allokation der Ressourcen nicht mehr möglich ist. Die Mitnahmeeffekte dieser Programme dürften teilweise erheblich sein. Keinesfalls sollten neue Maßnahmen hinzukommen. Es gilt zu verhindern, daß Investoren in Erwartung rasch nachfolgender Programme zu einem Attentismus verleitet werden.

Die Institute halten auch die derzeit diskutierte Befreiung der ostdeutschen Produzenten von der Mehrwertsteuer (Herstellerpräferenz) nicht für geeignet. Eine solche Maßnahme würde den hoffnungslosen Wettbewerbsrückstand der meisten ostdeutschen Unternehmen bei weitem nicht wettmachen. Außerdem bestünde die Gefahr, daß die Löhne dann um so stärker erhöht würden. Westlichen Investoren würde eine Herstellerpräferenz Anreize zur Produktionsverlagerung bieten, wenn sie langfristig garantiert wäre. Das aber ist in einem einheitlichen Währungsgebiet sehr problematisch und würde vielfach zu einer Verlagerung von Produktionsstätten dicht hinter die Steuergrenze führen, die dem Gesamttraum Ostdeutschland nicht helfen würde. Im übrigen wäre bei dieser Maßnahme der Kontrollaufwand zur Vermeidung von Steuerbetrug erheblich.

Wichtiger als weitere Finanzhilfen ist es derzeit, den Aufbau von Verwaltung und Justiz in Ostdeutschland tatkräftig zu unterstützen und das Planungsrecht auf Vereinfachungsmöglichkeiten zu überprüfen. Hinzu kommt, daß die öffentliche Hand nicht nur den Erwerb von Grundstücken durch Investoren dadurch vereinfachen kann, daß die Gesetzgebung investitionsfreundlicher wird, sondern auch dadurch, daß die öffentlichen Hände sich nicht an der Bodenspekulation beteiligen, also selbst für ein breites Angebot sorgen. Insbesondere die Treuhandanstalt hat erhebliche Möglichkeiten, die Standortbedingungen zu verbessern. Vielfach scheint hier wieder die Sorge vor einem „Ausverkauf“ des Vermögens in Ostdeutschland leitend für eine zögerliche Politik zu sein. Dabei wird — wie schon bei der Altschuldenproblematik und bei der Privatisierung offensichtlich nicht gesehen, daß der Staat Marktpreise nicht ohne Kosten manipulieren kann. Was er jetzt scheinbar an Erträgen bei einem raschen Verkauf von Grundstücken einbüßt, gewinnt er später in Form von Steuern und Abgaben der Investoren wieder. Kurzfristiges fiskalisches Denken führt somit in die Irre.

Die Überlagerung des positiven Schocks einer Einführung von Marktwirtschaft durch einen negativen Schock im Gefolge der Währungsunion hat bewirkt, daß viele Beobachter nicht mehr zu unterscheiden vermögen zwischen den Folgen dieser Schocks. Infolge der Dimension der durch die Währungsunion entstandenen sozialen Probleme werden viele der sicherlich vorhandenen positiven Effekte der Einführung der Marktwirtschaft überdeckt oder übersehen. Marktmechanismen werden von vornherein diskreditiert, weil der Eindruck entsteht, daß die Marktwirtschaft für das Entstehen von Arbeitslosigkeit verantwortlich sei. Da die Politik die eingetretenen Schocks ausgelöst hat, glauben viele, der Staat könne und müsse auch ganz unmittelbar die Anpassungslasten tragen. All das ist verständlich in einer Situation, in der die Menschen keine Zeit hatten, das neue System zu verstehen, und die wenigsten neben den Risiken dieses Systems auch die Chancen, die es bietet, kennengelernt haben.

In den Hintergrund tritt immer mehr die Einsicht, daß Ordnungspolitik nach der Abkehr von der Planwirtschaft nicht etwa heißt, dem Markt die Lösung aller Probleme blind anzuvertrauen, sondern es darum geht, die notwendigen staatlichen Regeln so zu setzen, daß private Haushalte und Unternehmen aus eigenem Antrieb möglichst viel zum Erreichen der staatlichen und gesellschaftlichen Ziele beitragen.

Zu viele Aktivitäten in Ostdeutschland erschöpfen sich derzeit in einem Kampf um öffentliches Geld, zu wenige gelten der Suche nach privaten Gewinnchancen. Neben der Schaffung der finanziellen Voraussetzungen für einen Aufschwung in Ostdeutschland ist auch die Schaffung von Regeln notwendig, die die Fixierung auf den Staat als Problemlöser durchbrechen. Die Rollenverteilung einer Marktwirtschaft kann man nicht verstehen lernen, wenn diese Rollenverteilung im Alltag weitgehend aufgehoben zu sein scheint. Gerade weil der Staat in den vergangenen 40 Jahren in Ostdeutschland allzuständig war, ist die Gefahr groß, daß die Zuweisung aller Verantwortung an den Staat das Muster des Handelns dort bestimmt.

Ein Beispiel für ineffiziente ordnungspolitische Weichenstellungen ist die Subventionierung der Mieten. Bei der noch gültigen Regelung sind die Gemeinden verpflichtet, einen Großteil des Wohnungsbestandes massiv zu subventionieren. Dadurch fehlt ihnen das Geld für Investitionen in die Infrastruktur und in den Wohnungsbestand. Erst im späteren Verlauf dieses Jahres ist eine allmähliche Anhebung der Mieten und der Mietnebenkosten zusammen mit einer Wohngeldregelung vorgesehen. Für private Investoren werden auch dann trotz zusätzlicher Förderprogramme Investitionen im Wohnungsbau kaum interessant sein.

Es ist schwer zu verstehen, was dagegen sprach, die Förderung des Wohnungsbereichs schnell und unbürokratisch von der Objekt- auf die Subjektförderung umzustellen. Man hätte die Mieten unmittelbar auf ein Marktniveau anheben können, wenn diese Mietanhebung mit einer großzügigen Wohngeldregelung verbunden worden wäre. Würden Bund und Länder etwa das Wohngeld unmittelbar an den Vermieter (die Gemeinde oder den privaten Investor) zahlen, wäre der Mieter in der Übergangsphase nicht von Mietsteigerungen betroffen. Mit zunehmenden Einkommen würden sich die Wohngeldzahlungen allmählich verringern. Eine solche Regelung wäre nicht teurer als die jetzige Subventionierung, sie machte aber darüber hinaus eine Reihe von speziellen Förder- und Investitionsprogrammen für Gemeinden und private Investoren überflüssig.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft und die Entwicklung von Spezialisierungsvorteilen werden dadurch erschwert, daß die Agrarpolitik offenbar versucht, auch in Ostdeutschland den bäuerlichen Familienbetrieb zum Leitbild zu machen. Tatsächlich könnte die ostdeutsche Landwirtschaft Wettbewerbsvorteile dadurch gewinnen, daß es größere Produktionseinheiten gibt. Die jetzigen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind dafür jedoch kein Modell, denn sie sind nicht marktmäßig, sondern aufgrund planwirtschaftlicher Entscheidungen entstanden.

Sanierung versus Privatisierung?

Das zentrale wirtschaftspolitische Problem in Ostdeutschland ist angesichts der Härten des Übergangsprozesses die Frage, ob ehemals staatliche Betriebe von der Treuhandanstalt lediglich privatisiert werden sollen oder ob die Treuhandanstalt auch einem Sanierungsauftrag nachkommen soll. Die Institute haben dazu im Herbst die Meinung vertreten, daß Privatisierung die zentrale Aufgabe der Treuhandanstalt sein muß. Jüngst hat auch der Sachverständigenrat dazu Stellung bezogen. Seine Position: Die Privatisierungschance ist der beste Indikator für Sanierungsfähigkeit, also gibt es keinen Gegensatz zwischen beiden. Was nicht privatisiert werden kann, ist zu meist auch nicht sanierungsfähig. Sanierung sei in der politischen Diskussion nur ein anderes Wort für Subventionierung. Das ist im Prinzip richtig und nach wie vor auch unsere Position. Eine zentrale Institution wie die Treuhandanstalt wäre zudem, selbst wenn sie es wollte, gar nicht in der Lage, tausende von Unternehmen zu sanieren. Echte Sanierung kann nur dezentral erfolgen.

Wenn aber viele Betriebe nicht sanierungsfähig sind oder nur um den Preis hoher Arbeitsplatzverluste privatisiert werden können, muß wohl zur Kenntnis genommen werden, daß der politische Druck, solche Unternehmen zu erhalten, bei dem schon bestehenden Sockel an Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit übermächtig sein wird. So hat die Treuhandanstalt schon bisher sehr viele Unter-

nehmen mit Bürgschaften für Liquiditätskredite am Leben erhalten.

Unter diesen Bedingungen ist entscheidend, wie die Subventionsregeln ausgestaltet werden, wenn der Staat nicht dauerhaft überfordert werden soll. Die Gefahr besteht derzeit, daß für eine sehr große Zahl von Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen Subventionstatbestände geschaffen werden, die sehr schnell den Charakter von Dauersubventionen bekommen, und daß Anreize zur Anpassung an wettbewerbsfähige Strukturen nicht in ausreichendem Maße bestehen bleiben.

Die sozialen Probleme und Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden. Dies darf aber nicht dazu verleiten, scheinbar einfache politische Lösungen zu suchen, die zum Aufbau einer riesigen Subventionsbürokratie führen können und das Entstehen wettbewerbsfähiger Strukturen auf viele Jahre hinaus behindern. Deshalb ist es jetzt notwendig, die politischen Weichen richtig zu stellen. Die einzige Möglichkeit, einer Subventionsfalle zu entgehen, ist die Setzung klarer zeitlicher Begrenzungen auf höchster politischer Ebene für den Übergangsprozeß. Wo es darum geht, „Zeit zu kaufen“, also den Anpassungsdruck abzumildern, muß dieser Zeitraum klar definiert werden, wenn es nicht lediglich darauf hinauslaufen soll, im Prozeß der Umstrukturierung Zeit zu verlieren.

Denkbar wäre etwa, daß die Treuhandanstalt aufgrund der ihr vorliegenden Unterlagen eine Gruppe von Unternehmen identifiziert, bei denen sie Überlebenschancen sieht. Diesen Unternehmen, aber nur diesen, würde dann für einen eng begrenzten Zeitraum eine Übergangshilfe geboten. Am Ende dieser Frist muß das Unternehmen entweder privatisiert oder überlebensfähig sein und erhält keinerlei Hilfe mehr. Auch bei einem solchen Verfahren wird man zweifellos Fehler machen, also Unternehmen unterstützen, die ohne Hilfe überlebensfähig wären, oder solche, die nicht zu sanieren sind. Eine andere Lösung aber gibt es nicht, wenn die Dauersubventionierung vermieden werden soll. Angesichts der großen Zahl der nicht wettbewerbsfähigen Branchen und Betriebe wäre der Einstieg in eine Dauersubvention, wie in einigen Branchen des Westens, nicht zu verkraften.

Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitik kann die Arbeitsmarktungleichgewichte in Ostdeutschland nicht beseitigen. Sie kann aber Hilfe für viele bieten, die ansonsten orientierungslos dem für sie neuen und nur schwer verständlichen System der Eigenvorsorge ausgesetzt sind.

Sinnvoll sind Umschulungsmaßnahmen, falls eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird. Daran fehlt es aber häufig. Oft sind Aus- und Weiterbildung nur Alibiveranstaltungen, die dem Arbeitslosen nicht das Gefühl vermitteln können, daß sich seine Vermittlungschancen vergrößern.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten dort eingesetzt werden, wo öffentliche Aufgaben zu erfüllen sind, die nicht von privaten Anbietern übernommen werden können.

Wo — zwischen Umschulung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — sogenannte Beschäftigungsgesellschaften ihren Platz haben können, ist nicht leicht festzustellen. Im Einzelfall mag es sinnvoll sein, Umschulung an bestehenden Arbeitsplätzen vorzunehmen oder betriebliche Einrichtungen zu nutzen. Problematisch wird die Rolle von Beschäftigungsgesellschaften da, wo sie entweder mit ihren Produkten oder mit ihrer Nachfrage nach Räumen und Flächen in Konkurrenz zu privaten Anbietern treten. Flächendeckend sind Beschäftigungsgesellschaften keinesfalls geeignet, die Strukturanpassung in Ostdeutschland voranzubringen.

Problematisch ist die beschlossene Verlängerung der Kurzarbeitergeldregelung über den 1. Juli hinaus. Die Kurzarbeit, wie sie in Ostdeutschland auftritt, ist in Wirklichkeit nur verdeckte Arbeitslosigkeit. Das wäre unproblematisch, müßte man nicht fürchten, daß diese Art der Arbeitslosigkeit sowohl die innerbetriebliche Anpassung als auch die Privatisierung von Betrieben behindert. Es scheint, als ob viele Betriebe mit Hilfe der Kurzarbeitergeldregelung und der Liquiditätsbürgschaften der Treuhandanstalt schlicht durchgehalten werden, ohne daß es zur Umstrukturierung und damit auch zur Auswahl von Mitarbeitern kommt. Auf Seiten der Arbeitnehmer schließlich vermittelt die Kurzarbeit womöglich den Eindruck, eine Rückkehr in das Unternehmen sei realistisch, so daß das Engagement für Umschulung geringer ist und die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz nicht vorangetrieben wird.

Geldpolitik

Trotz der anhaltend kräftigen Konjunktur ist der Preisauftrieb noch immer vergleichsweise mäßig. Die Gefahren für die Preisniveaustabilität sind aber deutlich größer geworden. So wird allein die Anhebung indirekter Steuern, wie der Mineralöl-, der Tabak- und der Versicherungsteuer, das Preisniveau um fast einen Prozentpunkt erhöhen. Hinzu kommt, daß in diesem Jahr die Tariflohnsteigerungen in stärkerem Maße als in den vergangenen

Jahren über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen werden. Ferner neigt die D-Mark anders als im Vorjahr — gegenwärtig sowohl gegenüber dem Dollar als auch im EWS zur Schwäche. Ein wichtiger Grund scheint zu sein, daß angesichts der hohen staatlichen Haushaltsdefizite und des Abbaus des deutschen Leistungsbilanzüberschusses das Vertrauen der internationalen Anleger zur deutschen Wirtschaftspolitik nachgelassen hat. All dies legt die Frage nahe, ob die Geldpolitik weiter verschärft werden muß.

Die Gefahren für den Geldwert, die aus der Heraufsetzung der Verbrauchsteuern und aus einem rascheren Anstieg der Lohnstückkosten resultieren, sind kein Grund für ein Abweichen von einem potentialorientierten Kurs der Geldpolitik. Eine Anhebung indirekter Steuern bewirkt einen einmaligen Sprung im Preisniveau und stellt für sich genommen keine nachhaltige Inflationsbeschleunigung dar. Überhöhte Lohnabschlüsse können nur dann in eine Kosteninflation münden, wenn die Notenbank sie monetär alimentiert. Ist dies nicht der Fall, dann ergibt sich nach einem vorübergehend verstärkten Preisauftrieb eine Rückkehr zur Preisniveaustabilität. Höhere Preissteigerungen vermindern die reale Geldmenge und dämpfen damit die Konjunktur. Käme zu den ohnehin angelegten kontraktiven Wirkungen eine Verschärfung des geldpolitischen Kurses hinzu, so verstärkte dies den Konjunkturabschwung. Ebenso wenig sollte die Bundesbank hohe Haushaltsdefizite zum Anlaß für eine Verknappung des Geldangebots nehmen. Die Notenbank kann damit direkt keinen dämpfenden Einfluß auf das Ausgabeverhalten des Staates ausüben. Allerdings vermindert eine Zinserhöhung den finanzpolitischen Spielraum. Bei geldpolitisch bedingter Abschwächung der Konjunktur sinken außerdem die Steuereinnahmen, so daß von daher das staatliche Defizit eher noch steigt.

Die in jüngster Zeit zu beobachtende Abwertungstendenz der D-Mark verstärkt kurzfristig den Preisauftrieb. Die Gefahr, daß es zu einer kumulativen Abwertung kommt, ist jedoch gering einzuschätzen. Das Zinsniveau ist in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich schon verhältnismäßig stark gestiegen, und das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist nicht erschüttert. Auch ohne zusätzliche zinspolitische Maßnahmen dürfte die Schwäche der D-Mark nicht anhalten.

WESTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1)
Vorausschätzung für das Jahr 1991

	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾		1991 ²⁾	
				1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	1,4	2,8	2,5	2,5	3,1	3,0	2,0
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,9	-0,9	-1,0	-1,0	-0,8	-1,0	-1,0
Arbeitstage ³⁾	-0,2	-0,3	0,0	-0,2	-0,4	-0,5	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,2	1,6	1,5	1,4	1,8	1,5	1,5
Produktivität ⁴⁾	3,0	3,1	1,5	2,7	3,5	2,0	0,5
Bruttoinlandsprodukt real	3,2	4,7	3,0	4,1	5,4	3,5	2,0

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 207,3	1 291,3	1 370,0	621,5	669,8	658,5	711,0
Staatsverbrauch	418,9	447,3	476,5	207,1	240,1	220,5	256,0
Anlageinvestitionen	452,1	510,7	565,5	238,7	271,9	263,5	302,0
Ausrüstungen	204,9	234,5	261,5	107,2	127,4	121,0	140,5
Bauten	247,2	276,1	304,0	131,6	144,6	143,0	161,5
Vorratsveränderung	23,5	25,5	24,0	16,5	9,0	23,0	1,0
Außenbeitrag	143,4	150,8	162,0	72,4	78,4	80,5	81,5
Ausfuhr	785,5	868,3	971,5	413,4	454,9	472,0	499,0
Einfuhr	642,1	717,5	809,5	341,0	376,5	392,0	417,5
Bruttosozialprodukt	2 245,2	2 425,5	2 597,5	1 156,2	1 269,3	1 246,5	1 351,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,6	7,0	6,0	6,6	7,3	6,0	6,0
Staatsverbrauch	1,6	6,8	6,5	6,5	7,0	6,5	6,5
Anlageinvestitionen	10,3	13,0	10,5	13,3	12,6	10,5	11,0
Ausrüstungen	12,3	14,5	11,5	15,5	13,6	13,0	10,5
Bauten	8,7	11,7	10,0	11,6	11,7	8,5	11,5
Ausfuhr	14,3	10,5	12,0	6,6	14,4	14,0	9,5
Einfuhr	13,6	11,8	13,0	8,5	14,9	15,0	11,0
Bruttosozialprodukt	6,5	8,0	7,0	7,1	8,9	8,0	6,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1985
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 154,3	1 204,2	1 236,5	583,4	620,7	601,0	635,5
Staatsverbrauch	382,7	393,9	400,0	191,5	202,4	195,5	204,5
Anlageinvestitionen	422,1	459,1	484,0	216,4	242,7	228,5	255,5
Ausrüstungen	195,7	220,9	239,0	101,3	119,6	111,5	127,5
Bauten	226,4	238,1	245,0	115,1	123,0	117,0	128,0
Vorratsveränderung	24,7	27,4	25,0	20,0	7,4	23,5	1,5
Außenbeitrag	63,1	54,2	47,5	26,8	27,5	24,5	23,0
Ausfuhr	766,0	840,2	917,0	402,8	437,4	450,5	467,0
Einfuhr	702,9	786,0	869,5	376,1	410,0	425,5	444,0
Bruttosozialprodukt	2 046,8	2 138,7	2 193,5	1 038,1	1 100,6	1 073,0	1 120,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 983,7	2 084,5	2 145,5	1 011,3	1 073,2	1 048,5	1 097,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	1,5	4,3	2,5	4,5	4,2	3,0	2,5
Staatsverbrauch	-1,6	2,9	1,5	2,3	3,6	2,0	1,0
Anlageinvestitionen	7,2	8,8	5,5	9,3	8,3	5,5	5,5
Ausrüstungen	9,8	12,9	8,0	13,8	12,1	10,0	6,5
Bauten	5,1	5,2	3,0	5,7	4,7	1,5	4,0
Ausfuhr	11,1	9,7	9,0	5,8	13,5	12,0	6,5
Einfuhr	8,3	11,8	10,5	9,3	14,2	13,0	8,5
Bruttosozialprodukt	3,8	4,5	2,5	3,8	5,2	3,5	2,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	2,7	5,1	3,0	4,9	5,2	3,5	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2)

	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾		1991 ²⁾	
				1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1985 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,0	2,5	3,5	2,0	3,0	3,0	3,5
Staatsverbrauch	3,3	3,7	5,0	4,1	3,4	4,5	5,5
Anlageinvestitionen	2,9	3,8	5,0	3,6	4,0	4,5	5,5
Ausrüstungen	2,3	1,4	3,0	1,5	1,3	2,5	3,5
Bauten	3,4	6,2	7,0	5,6	6,7	7,0	7,0
Ausfuhr	2,8	0,8	2,5	0,7	0,8	2,0	3,0
Einfuhr	4,9	-0,1	2,0	-0,8	0,6	1,5	2,5
Bruttosozialprodukt	2,6	3,4	4,5	3,2	3,5	4,5	4,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 221,5	1 312,6	1 413,0	611,3	701,4	656,5	756,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	993,2	1 070,1	1 150,5	497,2	572,9	534,5	616,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	671,8	743,8	779,5	347,7	396,1	370,0	409,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	512,8	557,1	577,0	279,9	277,2	298,0	279,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	423,0	472,6	486,0	239,3	233,3	257,0	229,0
Entnahmen ⁵⁾ 7)	358,0	378,0	400,5	194,5	183,4	201,5	199,0
Nichtentnommene Gewinne	65,0	94,6	85,5	44,7	49,9	55,5	29,5
Volkseinkommen	1 734,2	1 869,7	1 990,0	891,2	978,5	954,5	1 035,5
Abschreibungen	279,4	300,1	327,0	147,3	152,8	160,0	167,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	231,6	255,7	280,5	117,7	138,0	132,0	148,5
Bruttosozialprodukt	2 245,2	2 425,5	2 597,5	1 156,2	1 269,3	1 246,5	1 351,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,5	7,5	7,5	7,2	7,7	7,5	8,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,7	7,7	7,5	7,5	8,0	7,5	7,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	10,7	5,0	10,8	10,6	6,5	3,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,0	4,7	5,5	4,5	4,8	5,0	6,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,1	7,6	3,0	7,8	7,4	4,0	2,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,9	8,7	3,5	7,6	9,8	6,5	0,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,3	11,7	3,0	10,0	13,5	7,5	-2,0
Entnahmen ⁵⁾ 7)	9,8	5,6	6,0	5,9	5,2	3,5	8,5
Volkseinkommen	6,0	7,8	6,5	7,3	8,3	7,0	6,0
Abschreibungen	6,2	7,4	9,0	7,1	7,7	8,5	9,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	10,6	10,4	9,5	5,6	15,0	12,0	7,5
Bruttosozialprodukt	6,5	8,0	7,0	7,1	8,9	8,0	6,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	671,8	743,8	779,5	347,7	396,1	370,0	409,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	358,3	376,8	395,5	184,8	192,0	193,5	202,0
Entnahmen ⁷⁾	406,3	432,4	463,0	218,1	214,3	231,5	231,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	19,7	23,6	26,0	11,3	12,3	13,0	13,5
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	37,9	39,7	43,5	19,7	20,0	21,5	22,0
Verfügbares Einkommen	1 378,8	1 489,6	1 568,5	719,5	770,2	760,5	808,0
Privater Verbrauch	1 207,3	1 291,3	1 370,0	621,5	669,8	658,5	711,0
Ersparnis	171,5	198,3	199,0	97,9	100,4	102,0	97,0
Sparquote ⁹⁾	12,4	13,3	12,5	13,6	13,0	13,5	12,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	10,7	5,0	10,8	10,6	6,5	3,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	3,7	5,2	5,0	4,8	5,5	4,5	5,5
Entnahmen ⁷⁾	5,8	6,4	7,0	6,3	6,6	6,0	8,0
Verfügbares Einkommen	4,2	8,0	5,5	7,8	8,2	5,5	5,0
Privater Verbrauch	4,6	7,0	6,0	6,6	7,3	6,0	6,0
Ersparnis	1,7	15,6	0,5	16,6	14,7	4,0	-3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (3)

	1989 ¹⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾		1991 ²⁾	
				1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	560,0	574,3	639,5	263,3	311,0	289,5	350,0
Sozialbeiträge	383,4	409,4	448,5	194,0	215,4	209,0	239,5
Erwerbseinkünfte	31,7	33,4	35,5	20,7	12,8	19,5	16,0
Sonstige Einnahmen	24,8	24,9	27,0	11,7	13,2	13,0	14,0
Vermögensübertragungen, empfangen	6,5	7,6	7,5	3,5	4,1	3,5	4,0
Einnahmen insgesamt	1 006,4	1 049,6	1 157,5	493,1	556,5	534,0	623,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	418,9	447,3	476,5	207,1	240,1	220,5	256,0
Zinsen	60,4	64,2	72,0	32,9	31,3	37,0	35,0
Laufende Übertragungen an	453,9	516,1	612,5	231,8	284,3	305,5	307,5
Private Haushalte	363,7	382,1	402,0	188,5	193,6	197,0	204,5
Unternehmen	50,7	51,9	54,5	22,9	29,0	24,0	30,5
Übrige Welt	39,5	82,1	156,5	20,4	61,7	84,0	72,5
Vermögensübertragungen, geleistet	30,7	33,5	34,0	13,6	19,9	16,0	18,5
Nettoinvestitionen	37,1	39,8	41,5	16,9	22,9	17,5	24,0
Ausgaben insgesamt	1 001,0	1 100,8	1 236,5	502,3	598,5	596,5	640,0
Finanzierungssaldo	5,4	-51,2	-79,0	-9,2	-42,0	-62,5	-16,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	9,3	2,6	11,5	-0,1	4,9	10,0	12,5
Sozialbeiträge	4,5	6,8	9,5	6,9	6,7	7,5	11,0
Erwerbseinkünfte	59,3	5,4	6,5	3,7	8,4	-5,0	25,0
Sonstige Einnahmen	-2,5	0,4	8,0	1,2	-0,3	8,5	7,0
Vermögensübertragungen, empfangen	-3,3	17,1	-1,5	21,8	13,3	-3,0	0,0
Einnahmen insgesamt	8,1	4,3	10,5	2,9	5,6	8,5	12,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	1,6	6,8	6,5	6,5	7,0	6,5	6,5
Zinsen	0,9	6,4	12,0	2,5	10,8	12,5	11,5
Laufende Übertragungen an	3,2	13,7	18,5	4,7	22,2	32,0	8,0
Private Haushalte	3,7	5,0	5,0	4,9	5,2	4,5	5,5
Unternehmen	-2,0	2,2	5,0	0,1	3,9	5,5	4,5
Übrige Welt	5,1	108,1	90,5	9,1	197,4	311,5	17,0
Vermögensübertragungen, geleistet	3,3	9,2	2,0	6,7	10,9	16,5	-8,0
Nettoinvestitionen	8,6	7,1	3,5	7,0	7,2	2,5	4,5
Ausgaben insgesamt	2,6	10,0	12,5	5,4	14,1	18,5	7,0

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ³⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigenstunde. — ⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — ⁶⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁷⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁸⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich -versicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ⁹⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — ¹⁰⁾ Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

OSTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1)
Vorausschätzung für das Jahr 1991

	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾		1991 ²⁾	
			1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-10,3	-23,0	-5,8	-14,7	-22,5	-23,5
Arbeitszeit (arbeitsfähig)	-5,8	-22,0	0,0	-11,8	-25,0	-19,0
Arbeitsstage ³⁾	-0,6	-0,5	-0,3	-1,0	-1,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-16,0	-40,5	-6,1	-25,6	-42,5	-38,0
Produktivität ⁴⁾	3,0	34,0	5,6	-0,4	21,5	50,0
Bruttoinlandsprodukt real	-13,4	-20,0	-0,9	-25,9	-30,0	-7,0

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	175,4	185,0	83,7	91,7	86,5	98,5
Staatsverbrauch	69,5	79,0	32,8	36,6	37,0	42,0
Anlageinvestitionen	48,2	61,0	24,5	23,8	27,0	34,0
Ausrüstungen	19,9	26,5	10,3	9,6	12,0	14,5
Bauten	28,3	34,5	14,2	14,1	15,0	19,5
Vorratsveränderung	-9,8	20,0	-0,8	-8,9	11,0	8,5
Außenbeitrag	-44,9	-109,0	-7,1	-37,9	-52,5	-56,5
Ausfuhr	60,8	48,5	28,1	32,7	24,5	24,0
Einfuhr	105,7	158,0	35,1	70,6	77,0	80,5
Bruttosozialprodukt	238,5	235,5	133,2	105,3	108,5	126,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	10,0	5,5	10,2	9,8	3,0	7,5
Staatsverbrauch	5,4	13,5	2,1	8,5	12,0	15,0
Anlageinvestitionen	-3,5	26,0	-1,9	-5,2	10,0	42,5
Ausrüstungen	1,4	33,0	7,6	-4,6	17,5	49,5
Bauten	-6,7	21,0	-7,9	-5,5	4,5	37,5
Ausfuhr	12,9	-20,0	6,8	18,8	-13,0	-26,0
Einfuhr	70,2	49,0	21,1	113,3	119,5	14,0
Bruttosozialprodukt	-15,9	-1,5	-5,3	-26,4	-18,5	20,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1990⁵⁾
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	174,2	165,5	82,4	91,7	79,5	86,0
Staatsverbrauch	71,4	68,0	34,7	36,6	35,0	33,5
Anlageinvestitionen	48,4	56,5	24,7	23,8	25,5	31,0
Ausrüstungen	20,0	26,0	10,4	9,6	12,0	14,0
Bauten	28,4	30,5	14,3	14,1	13,5	17,0
Vorratsveränderung	-5,1	18,0	3,8	-8,9	12,0	6,0
Außenbeitrag	-46,5	-107,5	-8,6	-37,9	-52,5	-55,0
Ausfuhr	59,4	47,5	26,7	32,7	24,0	23,5
Einfuhr	105,9	155,0	35,3	70,6	76,5	78,5
Bruttosozialprodukt	242,3	200,5	137,0	105,3	99,0	101,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	15,0	-5,0	14,1	15,8	-3,5	-6,5
Staatsverbrauch	0,0	-4,5	-0,4	0,5	0,0	-9,0
Anlageinvestitionen	-5,7	16,5	-3,8	-7,6	3,5	30,0
Ausrüstungen	0,4	29,5	6,9	-5,9	14,5	45,0
Bauten	-9,5	7,5	-10,4	-8,7	-4,5	19,5
Ausfuhr	19,0	-20,0	9,4	28,1	-10,0	-28,5
Einfuhr	66,9	46,5	18,9	109,1	117,0	11,0
Bruttosozialprodukt	-12,7	-17,5	-0,6	-24,7	-27,5	-4,0

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1990 = 100)⁵⁾
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	-4,4	11,0	-3,4	-5,2	7,0	15,0
Staatsverbrauch	5,4	19,0	2,5	8,0	12,0	26,0
Anlageinvestitionen	2,3	8,0	2,0	2,6	6,0	9,5
Ausrüstungen	1,0	3,0	0,7	1,4	2,5	3,0
Bauten	3,1	12,5	2,8	3,5	9,0	15,0
Ausfuhr	-5,1	0,0	-2,4	-7,3	-3,0	3,0
Einfuhr	2,0	2,0	1,8	2,0	1,0	3,0
Bruttosozialprodukt	-3,7	19,0	-4,7	-2,3	12,5	25,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2)

	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾		1991 ²⁾	
			1. Hj	2. Hj	1. Hj	2. Hj

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	164,0	155,0	89,2	74,8	75,0	80,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	142,8	133,5	77,0	65,8	64,5	69,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	116,3	103,5	62,6	53,7	50,0	53,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	53,8	58,5	27,4	26,4	25,0	33,5
Volkseinkommen	217,8	213,5	116,6	101,2	99,5	114,0
Abschreibungen	30,2	31,0	14,9	15,3	15,5	16,0
Indirekte Steuern ./l. Subventionen	−9,5	−9,5	1,7	−11,2	−6,5	−3,0
Bruttosozialprodukt	238,5	235,5	133,2	105,3	108,5	126,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,9	−5,5	10,1	−2,6	−16,0	7,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,9	−6,5	10,2	−0,7	−16,5	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,9	−11,0	9,8	−0,4	−20,0	−1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	18,0	22,0	17,8	18,0	8,5	38,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	17,9	16,5	17,3	18,3	4,5	30,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	−20,1	8,5	−10,7	−28,0	−9,0	26,5
Volkseinkommen	−3,3	−2,0	4,4	−10,8	−14,5	12,5
Abschreibungen	1,4	3,0	1,1	1,7	2,5	3,5
Indirekte Steuern ./l. Subventionen	—	—	—	—	—	—
Bruttosozialprodukt	−15,9	−1,5	−5,3	−26,4	−18,5	20,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	116,3	103,5	62,6	53,7	50,0	53,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	45,7	81,0	18,4	27,3	36,5	44,5
Entnahmen ⁷⁾	23,1	27,0	12,4	10,7	10,0	17,0
Abzüge:						
Zinsen auf Konsumentenschulden	5,1	7,5	1,8	3,3	3,5	4,0
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	2,2	3,0	1,1	1,1	1,5	2,0
Verfügbares Einkommen	177,7	200,5	90,4	87,3	92,0	108,5
Privater Verbrauch	175,4	185,0	83,7	91,7	86,5	98,5
Ersparnis	2,3	15,5	6,7	−4,4	5,5	10,0
Sparquote ⁹⁾	1,3	7,5	7,4	−5,1	6,0	9,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	4,9	−11,0	9,8	−0,4	−20,0	−1,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	22,0	77,5	2,7	39,7	99,0	63,0
Entnahmen ⁷⁾	−18,1	16,5	36,0	−43,8	−18,5	56,5
Verfügbares Einkommen	3,5	13,0	10,7	−3,0	1,5	24,5
Privater Verbrauch	10,0	5,5	10,2	9,8	3,0	7,5
Ersparnis	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für das 2. Halbjahr 1990 (vgl. Pressemitteilung vom 23.4.1991) und einer empirisch gestützten Modellrechnung des DIW; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ³⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt real je Erwerbstätigenstunde. — ⁵⁾ 2. Halbjahr 1990=100. — ⁶⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁷⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁸⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich -versicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ⁹⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1)
Vorausschätzung für das Jahr 1991

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik	
	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts
a) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	2,8	2,5	-10,3	-23,0	-0,6	-3,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,9	-1,0	-5,8	-22,0	-1,3	-3,0
Arbeitsstage ³⁾	-0,3	0,0	-0,6	-0,5	-0,3	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,6	1,5	-16,0	-40,5	-2,2	-6,5
Produktivität ⁴⁾	3,1	1,5	3,0	34,0	5,1	8,0
Bruttoinlandsprodukt real	4,7	3,0	-13,4	-20,0	2,8	1,0

b) 1000 Personen

Erwerbstätige (im Inland)	28 412	29 120	8 850	6 810	37 262	35 930
Arbeitslose	1 883	1 680	240	1 200	2 123	2 880
Arbeitslosenquote (in vH) ⁵⁾	6,3	5,5	2,6	15	5,4	7,5
Kurzarbeiter	55	100	775	1 800	830	1 900
Pendlersaldo	-30	220	-75	-320	-105	-100

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 291,3	1 370,0	175,4	185,0	1 466,8	1 555,0
Staatsverbrauch	447,3	476,5	69,5	79,0	516,8	555,5
Anlageinvestitionen	510,7	565,5	48,2	61,0	558,9	626,5
Ausrüstungen	234,5	261,5	19,9	26,5	254,4	288,0
Bauten	276,1	304,0	28,3	34,5	304,5	338,5
Vorratsveränderung	25,5	24,0	-9,8	20,0	15,7	44,0
Außenbeitrag	150,8	162,0	-44,9	-109,0	105,8	53,0
Ausfuhr ¹¹⁾	868,3	971,5	60,8	48,5	832,7	856,5
Einfuhr ¹¹⁾	717,5	809,5	105,7	158,0	726,9	804,0
Bruttosozialprodukt	2 425,5	2 597,5	238,5	235,5	2 664,0	2 833,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,0	6,0	10,0	5,5	7,3	6,0
Staatsverbrauch	6,8	6,5	5,4	13,5	6,6	7,5
Anlageinvestitionen	13,0	10,5	-3,5	26,0	11,3	12,0
Ausrüstungen	14,5	11,5	1,4	33,0	13,3	13,0
Bauten	11,7	10,0	-6,7	21,0	9,7	11,0
Ausfuhr ¹¹⁾	10,5	12,0	12,9	-20,0	2,6	3,0
Einfuhr ¹¹⁾	11,8	13,0	70,2	49,0	7,4	10,5
Bruttosozialprodukt	8,0	7,0	-15,9	-1,5	5,3	6,5

3. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 312,6	1 413,0	164,0	155,0	1 476,6	1 568,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 070,1	1 150,5	142,8	133,5	1 212,9	1 284,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	743,8	779,5	116,3	103,5	860,0	883,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	557,1	577,0	53,8	58,5	610,9	635,5
Volkseinkommen	1 869,7	1 990,0	217,8	213,5	2 087,5	2 203,5
Abschreibungen	300,1	327,0	30,2	31,0	330,2	358,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	255,7	280,5	-9,5	-9,5	246,2	271,5
Bruttosozialprodukt	2 425,5	2 597,5	238,5	235,5	2 664,0	2 833,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,5	7,5	3,9	-5,5	7,1	6,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,7	7,5	4,9	-6,5	7,4	6,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	10,7	5,0	4,9	-11,0	9,9	2,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,7	5,5	18,0	22,0	8,5	11,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,6	3,0	17,9	16,5	11,0	7,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,7	3,5	-20,1	8,5	5,3	4,0
Volkseinkommen	7,8	6,5	-3,3	-2,0	6,5	5,5
Abschreibungen	7,4	9,0	1,4	3,0	6,8	8,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	10,4	9,5	—	—	-5,4	10,0
Bruttosozialprodukt	8,0	7,0	-15,9	-1,5	5,3	6,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2)

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik	
	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾	1990 ¹⁾	1991 ²⁾
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Nettolohn- und -gehaltsumme	10,7	5,0	4,9	−11,0	9,9	2,5
Übertragene Einkommen ⁶⁾	5,2	5,0	22,0	77,5	6,8	13,0
Entnahmen ⁷⁾	6,4	7,0	−18,1	16,5	4,8	7,5
Verfügbares Einkommen	8,0	5,5	3,5	13,0	7,5	6,0
Privater Verbrauch	7,0	6,0	10,0	5,5	7,3	6,0
Ersparnis	15,6	0,5	—	—	9,2	7,0

5. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen						
Steuern	574,3	639,5	38,1	42,0	612,4	681,0
Sozialbeiträge	409,4	448,5	48,3	57,5	457,7	505,5
Erwerbseinkünfte	33,4	35,5	0,2	0,0	33,6	36,0
Sonstige Einnahmen ¹¹⁾	24,9	27,0	43,7	103,0	23,6	50,5
Vermögensübertragungen, empfangen	7,6	7,5	0,0	0,0	7,6	7,5
Einnahmen insgesamt	1 049,6	1 157,5	130,4	202,5	1 135,0	1 280,5
Ausgaben						
Staatsverbrauch	447,3	476,5	69,5	79,0	516,8	555,5
Zinsen	64,2	72,0	4,0	6,0	68,2	78,0
Laufende Übertragungen an	516,1	612,5	82,8	133,0	553,9	666,5
Private Haushalte	382,1	402,0	46,2	89,0	428,3	491,0
Unternehmen	51,9	54,5	36,5	40,0	88,4	94,5
Übrige Welt ¹¹⁾	82,1	156,5	0,1	4,5	37,2	81,0
Vermögensübertragungen, geleistet	33,5	34,0	1,6	10,0	35,1	44,0
Nettoinvestitionen	39,8	41,5	3,7	8,5	43,5	50,0
Ausgaben insgesamt	1 100,8	1 236,5	161,6	237,0	1 217,4	1 393,5
Finanzierungssaldo	−51,2	−79,0	−31,2	−34,5	−82,5	−113,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen						
Steuern	2,6	11,5	−10,5	10,0	1,6	11,0
Sozialbeiträge	6,8	9,5	4,0	18,5	6,5	10,5
Erwerbseinkünfte	5,4	6,5	—	—	5,5	6,5
Sonstige Einnahmen	0,4	8,0	580,5	136,0	−22,8	113,5
Vermögensübertragungen, empfangen	17,1	−1,5	—	—	17,0	−1,5
Einnahmen insgesamt	4,3	10,5	36,2	55,5	3,0	13,0
Ausgaben						
Staatsverbrauch	6,8	6,5	5,4	13,5	6,6	7,5
Zinsen	6,4	12,0	0,0	50,0	6,0	14,5
Laufende Übertragungen an	13,7	18,5	103,5	61,0	12,1	20,5
Private Haushalte	5,0	5,0	27,1	92,5	7,1	14,5
Unternehmen	2,2	5,0	743,0	9,5	60,5	7,0
Übrige Welt	108,1	90,5	—	—	−4,1	118,0
Vermögensübertragungen, geleistet	9,2	2,0	—	—	14,5	26,0
Nettoinvestitionen	7,1	3,5	39,4	136,5	9,3	15,0
Ausgaben insgesamt	10,0	12,5	42,7	46,5	9,3	14,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und einer empirisch gestützten Modellrechnung des DIW; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 2) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt real je Erwerbstätigenstunde. — 5) Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen. — 6) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 7) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 8) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich -versicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 9) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 10) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 11) Angaben für die Bundesrepublik um innerdeutsche Transaktionen bereinigt.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonometrischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartzau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Necker-mann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonometrischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 **Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990. DM 48,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (030) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten